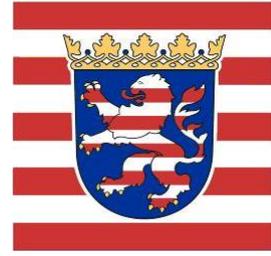




HESSEN



# Bericht aus Brüssel

06/2023 vom 24.03.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	5
Ausschuss der Regionen.....	10
Wirtschaft.....	10
Verkehr.....	15
Energie.....	16
Digital.....	18
Forschung.....	19
Finanzdienstleistungen.....	20
Finanzen.....	20
Soziales.....	22
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	25
Umwelt.....	29
Landwirtschaft.....	33
Justiz.....	35
Inneres.....	36
Bildung und Kultur.....	38
Information, Kommunikation und Medien.....	39
EU-Förderprogramme.....	39
Veranstaltungen.....	39
Vorschau.....	42

### **Europäischer Rat; Ergebnisse des Gipfels am 23.03.2023**

Die Staats- und Regierungschefs sind am 23.03.2023 zum regulären Europäischen Rat (ER) in Brüssel zusammengekommen. Sie führten zu Beginn einen Austausch mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen (VR), António Guterres. Später war der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj im Rahmen der Aussprache zur Ukraine zugeschaltet. Der ER hat erneut seine vollumfängliche Unterstützung für die Ukraine betont; dieses Mal standen die Themen Munitionsbeschaffung, Rechenschaftspflicht Russlands und die Rückführung verschleppter Kinder im Vordergrund der Aussprache. Der ER sagt der Ukraine zu, die Anstrengungen zur Deckung ihres dringenden militärischen und Verteidigungsbedarfs zu intensivieren. Er begrüßt den Beschluss des Rates, der Ukraine dringend Boden-Boden-Munition und Artilleriemunition sowie – „falls darum ersucht wird“ – Flugkörper zu liefern, u.a. durch gemeinsame Beschaffung und die Mobilisierung angemessener Finanzmittel, einschließlich über die Europäische Friedensfazilität. Auch sei man weiterhin entschlossen, zusammen mit internationalen Partnern die Instandsetzung, Erholung und Wiederaufbau in der Ukraine zu unterstützen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte nach dem ER eine Konferenz an, die sich mit der Auffindung und Rückführung von nach Russland verschleppten ukrainischen Kindern befassen soll. Der ER hat sich ferner für weitere Anstrengungen zur Vertiefung des Binnenmarktes ausgesprochen und eine zügige Behandlung der Kommissionsvorschläge zur Industriepolitik (Net Zero Industry Act und Rechtsakt für kritische Rohstoffe) vom 16.03.2023 gefordert, ohne inhaltlich ins Detail zu gehen. Er weist darauf hin, dass zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit „ein integrierter Ansatz über alle Politikbereiche hinweg“ erforderlich ist; notwendig sei ein vertiefter Binnenmarkt, verbunden mit einer „verstärkten Industrie-, Agrar- und Handelspolitik“. Die EU werde ihre Wettbewerbsfähigkeit garantieren, indem sie „ihre Widerstandsfähigkeit und Produktivität stärkt, die Finanzierung erleichtert, erschwingliche Energie anstrebt, ihre strategischen Abhängigkeiten verringert, in die Kompetenzen der Zukunft investiert und ihre wirtschaftliche, industrielle und technologische Basis für den grünen und den digitalen Wandel rüstet“. Der ER ersucht den Rat und die Kommission, die Arbeiten zu all diesen Aspekten voranzubringen und im Vorfeld seiner Tagung im Juni 2023 über die Fortschritte Bericht zu erstatten. Darüber hinaus wird der Rat ersucht, die Fortschritte jährlich auf der Grundlage von Beiträgen der Kommission, einschließlich wesentlicher Leistungsindikatoren, zu bewerten. Zu Migration und Energie gab es keine vertiefte Aussprache; es ging vielmehr um Bestandsaufnahmen. Bei den außenpolitischen Themen begrüßte der ER u.a. den Windsor-Rahmen für Nordirland und das Abkommen über den Weg zur Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Kosovo und Serbien.  
<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2023/03/23-24/>

### **Euro-Gipfel; Ergebnisse des Euro-Gipfels am 24.03.2023**

Am 24.03.2023, nach dem Europäischen Rat, tagte der Euro-Gipfel in Brüssel und verabschiedete eine kurze Erklärung. Diese gibt an, man werde sich „weiterhin für eine enge Koordinierung“ der Wirtschaftspolitik einsetzen, um die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaften zu erhöhen. Die Euro-Gruppe wird ersucht, die wirtschaftlichen Entwicklungen weiterhin genau zu beobachten. Der Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung sei „eine tragende Säule der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion, die die Stabilität des Euro und die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets stützt“. Außerdem betont der Euro-Gipfel die Bedeutung einer „solide[n] europäische[n] Finanzarchitektur“. Er ruft dazu auf, die Bemühungen unter Einbeziehung der politischen Entscheidungsträger und Marktteilnehmer in der Union zu verstärken, um

die Kapitalmarktunion voranzubringen, und – unter Hinweis auf die Widerstandsfähigkeit des EU-Bankensystems – weitere Anstrengungen zur Vollendung der Bankenunion zu unternehmen. Mit Blick auf die Bankenunion verweist der Euro-Gipfel auf die Erklärung der Euro-Gruppe vom 16.06.2022, in der die weiteren Arbeitsschritte zur Vollendung der Bankenunion beschrieben werden. Die diesbezüglichen Fortschritte sollen auf dem nächsten Euro-Gipfel überprüft werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/euro-summit/2023/03/24/>

### **Rat; Brexit; Protokoll über IRL/Nordirland, Beschlüsse Windsor-Rahmen**

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat am 21.03.2023 zwei Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Windsor-Rahmen angenommen, einem neuen gemeinsamen Weg für das Protokoll über IRL/Nordirland, über den die Kommission und die britische Regierung am 27.02.2023 eine grundsätzliche politische Einigung erzielt haben. Die Beschlüsse, mit denen die Position der EU im Gemeinsamen Ausschuss und in der im Rahmen des Austrittsabkommens zwischen der EU und GBR eingesetzten Gemeinsamen Beratenden Arbeitsgruppe festgelegt wird, ermöglichen es der EU, den wichtigsten Elementen des Windsor-Rahmens in diesen beiden Gremien zuzustimmen und sie in rechtsverbindliche Verpflichtungen umzusetzen. Das wichtigste Element ist der Entwurf eines Beschlusses des Gemeinsamen Ausschusses, der gezielte Änderungen des Protokolls über IRL/Nordirland, neue Bestimmungen über die Bestimmung von Waren, die nicht Gefahr laufen, anschließend in die EU verbracht zu werden und einen verbesserten Koordinierungsmechanismus für Fragen im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer und den Verbrauchsteuern auf Waren, vorsieht. Darüber hinaus soll die Gemeinsame Beratende Arbeitsgruppe, die als Forum für den Informationsaustausch und die Konsultation zwischen der EU und GBR zu Fragen im Zusammenhang mit Nordirland dient, voraussichtlich auf einer der nächsten Sitzungen ihre Geschäftsordnung ändern, um die Einrichtung strukturierter Untergruppen vorzusehen. Der zweite Ratsbeschluss ermöglicht es der EU, dieser Änderung ebenfalls zuzustimmen, wodurch besser gewährleistet wird, dass GBR in der Lage ist, seine Ansichten zu EU-Rechtsakten im Rahmen des Protokolls zu erörtern, auch auf der Grundlage von Beiträgen von Interessengruppen in Nordirland zu beurteilen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/21/new-way-forward-on-the-protocol-on-ireland-northern-ireland-council-greenlights-main-elements-of-the-windsor-framework/>

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Kommission; Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung**

Am 10.03.2023 hat die Kommission eine Mitteilung über eine europäische Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung vorgelegt. Weltraumsysteme und -dienste haben laut Kommission eine essentielle Bedeutung für eine reibungslos funktionierende Gesellschaft und Wirtschaft sowie für die Sicherheit und Verteidigung der EU. Auch im geopolitischen Kontext gewinnt der Weltraum immer mehr an Bedeutung. Satelliten garantieren Internet und Navigation, Raumstationen dienen der Forschung und auch militärisch wird das All immer mehr genutzt. Die Weltraumsysteme und Weltraumdienste in der EU sollen daher widerstandsfähiger und besser geschützt werden. Um die europäische Sicherheit im Weltraum zu stärken, sollen unter anderem bestehende Schutzmechanismen ausgebaut werden sowie Übungen im Weltraum durchgeführt werden, um die Reaktion der EU auf Weltraumbedrohungen zu erproben. Zudem soll die Zusammenarbeit mit den

bestehenden Partnern wie USA und NATO verstärkt werden. Darüber hinaus soll die Möglichkeit eines europäischen Weltraumgesetzes geprüft werden.

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=JOIN\(2023\)9&lang=de](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=JOIN(2023)9&lang=de)

### **Kommission; Strategie zum Schutz des maritimen Raums**

Am 10.03.2023 hat die Kommission eine aktualisierte Version der Strategie zum Schutz des maritimen Raums veröffentlicht. Außerdem hat sie einen aktualisierten Aktionsplan angenommen, mit dem die Strategie umgesetzt werden soll. Damit soll eine friedliche Nutzung der Meere gewährleistet und der maritime Bereich vor neuen Bedrohungen geschützt werden. Die jüngsten geopolitischen Entwicklungen, wie die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine, zeigen, dass die EU nicht nur in ihrem eigenen Hoheitsgebiet und in ihren eigenen Gewässern, sondern auch in ihrer Nachbarschaft und darüber hinaus ihre Sicherheit verbessern und handlungsfähiger werden müsse. Die maritime Sicherheit sei für die EU und ihre Mitgliedstaaten von essentieller Bedeutung. Die EU-Mitgliedstaaten bilden zusammen die größte gemeinsame ausschließliche Wirtschaftszone der Welt. Die Wirtschaft der EU hänge stark von gesicherten Seewegen ab. Unter anderem sollen deshalb die Tätigkeiten der EU auf See intensiviert, die Zusammenarbeit mit Partnern vertieft, die militärischen Kapazitäten ausgebaut und mehr Fachpersonal ausgebildet werden.

[https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/publications/joint-communication-update-eu-maritime-security-strategy-and-its-action-plan-enhanced-eu-maritime\\_de](https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/publications/joint-communication-update-eu-maritime-security-strategy-and-its-action-plan-enhanced-eu-maritime_de)

### **Rat; Erhöhung der finanziellen Obergrenze der europäischen Friedensfazilität**

Der Rat hat am 14.3.2023 einen Beschluss angenommen, mit dem die finanzielle Obergrenze der Europäischen Friedensfazilität (EFF) auf 7,979 Mrd. EUR bis 2027 angehoben werden soll. Die EFF wurde im März 2021 eingerichtet, um alle Maßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Militär- oder Verteidigungsbereich zu finanzieren. Insbesondere kann die EU durch die EFF Maßnahmen finanzieren, die den Ausbau der Kapazitäten von Drittstaaten sowie regionaler und internationaler Organisationen im Militär- oder Verteidigungsbereich fördern. Mit dem Beschluss der Erhöhung der Obergrenze der EFF soll sichergestellt werden, dass im Bedarfsfall finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Außerdem hat der Rat beschlossen, einen finanziellen Referenzbetrag für die gemeinsamen Kosten der Militärübung der EU zur Krisenbewältigung 2023 in Höhe von 5 Mio. EUR festzulegen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/14/european-peace-facility-council-increases-the-financial-ceiling-to-nearly-7-98-billion-until-2027/>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

### **Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 13.-16.02.2023 in Straßburg**

#### Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden: Klimaneutralität bis 2050

Das EP nahm am 14.03.2023 mit einer Mehrheit von 343 – 216 - 78 im Rahmen des Berichts von MdEP Ciarán Cuffe (GRÜNE/IRL) sein Verhandlungsmandat für die Maßnahmen zur Steigerung der Renovierungsquote und zur Reduzierung des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen von Gebäuden an (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

### “Fit für 55: Drei Gesetze zur Erreichung des Klimaziels für 2030

Das EP hat am 14.03.2023 drei Trilogergegebnisse vom Herbst 2022 bestätigt, die Teil des "Fit-for-55"-Pakets sind. So votierten die Abgeordneten für die Neuregelung der nationalen CO<sub>2</sub>-Ziele (Lastenteilungsverordnung), der neuen Ziele in Land- und Forstwirtschaft (LULUCF) und für die Verlängerung der Marktstabilitätsreserve (MSR) im Emissionshandel bis zum Jahr 2030. Jetzt müssen noch die EU-Mitgliedstaaten die Gesetze formal billigen, bevor sie in Kraft treten können (siehe Beiträge unter „Umwelt“).

### Europäischer Rat im März: Debatte über die Prioritäten des EP

In einer Debatte mit den Präsidenten Charles Michel und Ursula von der Leyen am 15.03.2023 erörterten die MdEP die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 09.02.2023 und erläuterten ihre Erwartungen an den Europäischen Rat vom 23. bis 24.03.2023. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, wies darauf hin, dass die Ukraine dringend mehr Waffen und Munition benötige und bestätigte, dass die EU-Staats- und Regierungschefs an einem Vorschlag des Hohen Vertreters Borrell arbeiten werden, um Kiew Hilfe anzubieten. Er sagte, dass die EU die Friedensformel von Präsident Selensky unterstütze, räumte aber ein, dass der Kreml kein Interesse an einer Deeskalation gezeigt habe. Präsident Michel verwies auf die zahlreichen kurzfristigen Maßnahmen, die die EU zur Bewältigung der Krisen der letzten Jahre ergriffen hat, betonte jedoch, dass diese die langfristige Wirtschaftsstrategie der Union für einen grünen und digitalen Wandel nicht untergraben dürften. Seiner Ansicht nach sollte sich die EU darauf konzentrieren, den Unternehmen Investitionen zur Verfügung zu stellen, Innovationen zu fördern und den fairen Handel zu unterstützen. In Bezug auf die Beziehungen zu den globalen Akteuren sagte er, dass es "keine Äquidistanz zwischen den USA und China gibt". China sei jedoch eine Realität, ein Schlüsselakteur, mit dem die EU auf globaler Ebene zusammenarbeiten müsse. In Bezug auf die Migrationspolitik rief Michel zu "Rationalität" auf. Die EU sollte mehr und besser mit Drittländern zusammenarbeiten, um den Menschenhandel zu bekämpfen, und es sollte legale und sichere Migrationskanäle nach Europa geben, denn "wir können nicht Kriminelle entscheiden lassen, wer in die EU kommt", sagte er. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen berichtete von ihrem Treffen mit US-Präsident Joe Biden. "Wir bewegen uns in dieselbe Richtung", sagte sie und fügte hinzu, dass für einige Problembereiche des IRA bereits Lösungen gefunden und Diskussionen eingeleitet wurden, beispielsweise über Rohstoffe und Anreize für die Clean-Tech-Industrie. Präsidentin von der Leyen betonte auch die Notwendigkeit, das Ziel zu erreichen, 3 % des BIP für Forschung und Entwicklung auszugeben, Bürokratie abzubauen und sicherzustellen, dass die EU-Gesetze die Unternehmen nicht überfordern. Die MdEP betonten die dringende Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern, und forderten angesichts der aktuellen protektionistischen Maßnahmen der USA Maßnahmen zur Gewährleistung fairer Bedingungen für die EU-Hersteller. Sie betonten die Notwendigkeit von mehr Investitionen, begrüßten Schritte in Richtung einer EU-Rohstoffstrategie, verlangten mehr Ehrgeiz beim Abbau von Bürokratie, forderten eine Stärkung der europäischen Kapitalmärkte und einen neuen Schwung in der Handelsdiplomatie der EU, um neue Freihandelsabkommen mit den USA und anderen Demokratien zu erreichen. Viele MdEP betonten, wie wichtig es sei, die Innovation - im Bereich der sauberen Technologien und darüber hinaus - zu fördern, damit die EU zu einem "High Value"- und nicht zu einem "Low Cost"-Champion werde. Einige betonten, dass der "Green Deal" der EU auch die Wettbewerbsstrategie des Blocks sein sollte, und wiesen darauf hin, dass soziale Gerechtigkeit und faire Löhne für Arbeitnehmer von grundlegender Bedeutung seien. Einige MdEP kritisierten die Kommission dafür, dass sie der Lobbyarbeit der großen Energiekonzerne auf Kosten der Verbraucherpreise

nachgegeben habe, während andere davor warnten, die Energieabhängigkeit der EU von Russland auf China zu verlagern. Schließlich forderten die MdEP den Rat auf, das gemeinsame europäische Problem der Migration anzugehen, indem er sicherstellt, dass alle Mitgliedstaaten ihren fairen Anteil an Migranten und Asylbewerbern aufnehmen, und indem er die illegalen Aktivitäten an den EU-Grenzen bekämpft, die zu menschlichen Tragödien führen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-03-15-ITM-003\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-03-15-ITM-003_DE.html)

#### Neue Regeln für fairen Zugang zu und Nutzung von Daten

Das EP hat am 14.03.2023 den Bericht von MdEP Pilar del Castillo Vera (EVP/ESP) zum Vorschlag der Kommission für ein Datengesetz („Data Act“) mit einer Mehrheit von 500 – 23 – 110 angenommen (siehe Beitrag unter „Digitales“).

#### Ansprache des litauischen Präsidenten Gitanas Nausėda

In einer Rede vor den MdEP im Rahmen der "This is Europe"-Debattenreihe am 14.03.2023 berichtete der LIT Präsident Gitanas Nausėda von den Erfahrungen seines Landes auf dem Weg zur Unabhängigkeit und dem langen Weg nach Europa, der in gewisser Weise dem aktuellen Freiheitskampf der Ukraine ähnele. Er hob die massive öffentliche Unterstützung von LIT für die Ukraine hervor und wies darauf hin, dass sein Land fast 1,5 % seines BIP an die Ukraine spendet. Präsident Nausėda dankte auch dem Europäischen Parlament für seine kontinuierliche Haltung gegen die sowjetische Besatzung und seine derzeitige aktive Führung bei der Unterstützung der Ukraine. "Ich glaube, dass viele europäische Bürger heute verstehen, dass der Kampf der Ukraine auch ihr Kampf ist", sagte er. Auf die Verbrechen Russlands müsse mit der Einrichtung eines internationalen Tribunals angemessen reagiert werden, und eingefrorene russische Vermögenswerte müssten für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden, fügte er hinzu. "Die Geschichte zeigt, dass der wirksamste Weg zur Ausweitung des Raums des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands in Europa die Erweiterung der EU war und sein wird", sagte Präsident Nausėda. Er forderte die EU auf, ihre Türen für Moldawien, Georgien und die Ukraine offen zu halten, und unterstützte den Wunsch des Parlaments, die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine noch in diesem Jahr aufzunehmen. Präsident Nausėda lobte die EU auch dafür, dass es ihr gelungen ist, die russische Energieerpressung zu überwinden. "Der Winter kam und ging zu Ende, ohne dass jemand in Europa gefroren hat", sagte er und betonte, dass aus den hohen Energiepreisen noch einige Lehren gezogen werden müssten. Er sprach sich für mehr Investitionen in grüne Energie und alternative Quellen aus und führte Litauen als Beispiel dafür an, dass es gelingen kann, sich von Russlands Gas, Öl und Strom unabhängig zu machen. Die MdEP lobten Litauen für seine Führungsrolle und seine beispielhafte Unterstützung für die Ukraine. Viel zu lange hätten die Politiker die Warnungen ihrer baltischen Kollegen vor der aggressiven Politik Russlands ignoriert, und nun müssten wir den Preis dafür zahlen, so einige MdEP. Sie forderten eine Strategie des nachhaltigen Friedens, die darauf abzielt, Putins Russland zu besiegen, die europäischen Werte weiter nach Osten auszudehnen und die Ukraine, Moldawien und Georgien bis zum Ende dieses Jahrzehnts in die EU aufzunehmen. Einige MdEP betonten die Notwendigkeit, Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit und die Medienfreiheit nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der EU zu bekämpfen. In Bezug auf die Energieunabhängigkeit der EU forderten einige Abgeordnete eine stärkere Nutzung erneuerbarer Ressourcen und die Vermeidung des Wechsels von einer Energieversorgungsdictatur zur nächsten.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-03-14-ITM-005\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-03-14-ITM-005_DE.html)

### MdEP für neuen Unterausschuss für öffentliche Gesundheit nominiert

Die Namen der Mitglieder, die im neuen Unterausschuss für öffentliche Gesundheit (SANT) sitzen werden, wurden am 15.03.2023 im Plenum bekannt gegeben. Unter den 30 Mitgliedern sind die Deutschen MdEP Peter Liese (EVP), MdEP Tiemo Wölken (S&D), MdEP Andreas Glück (RN) und MdEP Silvia Limmer (ID). Die MdEP stimmten auf der Plenartagung im Februar 2023 für die Einrichtung eines Unterausschusses für öffentliche Gesundheit unter dem Dach des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI). Gemäß seinem genehmigten Mandat wird sich der Unterausschuss für öffentliche Gesundheit mit Programmen und spezifischen Maßnahmen in den Bereichen öffentliche Gesundheit, pharmazeutische und kosmetische Produkte, gesundheitliche Aspekte des Bioterrorismus, die Europäische Arzneimittel-Agentur und das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten befassen. Der ENVI-Ausschuss ist weiterhin für die Prüfung von Legislativvorschlägen und die Abstimmung darüber zuständig.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230314IPR77409/meps-nominated-to-new-public-health-subcommittee>

### Mindesteinkommensregelungen: mehr Unterstützung, Zugänglichkeit und Inklusion

Am 15.03.2023 nahm das EP mehrheitlich eine Entschließung an, in der festgestellt wird, dass eine EU-Richtlinie zu einem angemessenen Mindesteinkommen die entsprechenden Regelungen zugänglicher und effektiver machen würde. Sie würde auch sicherstellen, dass Menschen, die aktuell dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, in diesen integriert werden könnten. Die Mitgliedstaaten sollten ihre nationalen Systeme regelmäßig bewerten und bei Bedarf aktualisieren, um ein angemessenes Unterstützungsniveau zu gewährleisten und um ein soziales Sicherheitsnetz zu schaffen, das einen Mindestlebensstandard garantiert. Die Abgeordneten wollen zudem die Regelungen bekannter machen und den Zugang zu ihnen erleichtern, insbesondere für stärker benachteiligte Gruppen wie Obdachlose. Sie schlagen Maßnahmen vor, um weit verbreitete Probleme in den Mitgliedstaaten anzugehen, wie die mangelnde Inanspruchnahme dieser Systeme und die digitale Kluft.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0076\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0076_DE.html)

### Brexit: Umsetzungsbericht über das Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU

Im Rahmen des Berichts von MdEP Pedro Silva Pereira (S&D/PTL) begrüßt das EP am 15.03.2023 die Einigung über das Nordirland-Protokoll und äußern sich besorgt über die Rechte der Bürger, einschließlich des "Pre-settled Status" für EU-Bürger. Die MdEP bewerten die Umsetzung des Austrittsabkommens des Vereinigten Königreichs in den drei Jahren seit dem Brexit. Sie stellen fest, dass wichtige Verbesserungen notwendig sind, um die Rechte der Bürger zu schützen, und dass die Umsetzung des Abkommens durch ständige und drohende Verstöße des Vereinigten Königreichs gegen seine Verpflichtungen aus dem Abkommen beeinträchtigt wurde. Sie weisen darauf hin, dass das Abkommen unmittelbare Auswirkungen auf die jeweiligen Rechtsordnungen der EU und des Vereinigten Königreichs hat, dass die britischen Gerichte die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs gebührend berücksichtigen müssen und dass die Bürger die Möglichkeit haben müssen, sich an die nationalen Gerichte zu wenden, wenn ihre Rechte aus dem Abkommen verletzt werden. Die MdEP begrüßen sowohl den Windsor-Rahmen als auch die nachfolgende Ankündigung der britischen Regierung, das umstrittene Gesetz zum Nordirland-Protokoll zu stoppen. Die MdEP betonen, dass die GBR Regierung selbst erklärt hat, dass die "demokratische Zustimmung" für das Protokoll rechtzeitig durch eine einfache Mehrheit der nordirischen Versammlung erteilt werden muss. Bei den letzten Wahlen

habe eine klare Mehrheit der Wähler Parteien unterstützt, die die Beibehaltung des Protokolls befürworteten, so die MdEP. Das EP sprach auch die Situation der im Vereinigten Königreich lebenden EU-Bürger an, denen ein "vorläufig niedergelassener Status" gewährt wurde und die in der zweiten Hälfte des Jahres 2023 einen neuen Antrag auf einen dauerhaften Status stellen müssen. Die Weigerung, diesen Menschen den Niederlassungsstatus zu gewähren, würde einen "automatischen und illegalen Verlust ihrer Rechte" bedeuten. Die MdEP wiederholen die Bedenken der Kommission hinsichtlich der mangelnden Rechtsklarheit für EU-Bürger im Vereinigten Königreich, weisen auf die Probleme hin, die durch die langen Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung der britischen Behörden entstehen, und bekräftigen, dass das Fehlen physischer Dokumente problematisch sein kann. Sie bedauern auch die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, unterschiedliche Gebühren für Visumantragsteller aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten zu erheben. Der Bericht wurde mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 537 - 43 - 38 angenommen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0080\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0080_DE.html)

### Unterdrückung des belarussischen Volkes

Das EP hat am 15.03.2023 mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 557 – 25 - 40 eine Entschließung angenommen, in der es die fortgesetzte systematische Unterdrückung der belarussischen Bevölkerung und abweichender Meinungen durch das belarussische Regime verurteilt, unter anderem durch politisch motivierte Schauprozesse unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die die MdEP als schwere Menschenrechtsverletzungen bezeichnen. Das EP verurteilt die jüngsten Verurteilungen des Journalisten Andrzej Poczobut und des Friedensnobelpreisträgers Ales Bialatski sowie mehrerer anderer Personen zu langen Haftstrafen. Diese Verurteilungen zeigen, dass das Regime bestrebt ist, jegliches zivilgesellschaftliche Engagement zur Verteidigung der Menschenrechte und alle unabhängigen Medien im Land zu unterdrücken. Das EP fordert, dass alle zu Unrecht Inhaftierten freigelassen und entschädigt werden, und verurteilt erneut nachdrücklich die Beteiligung von Belarus am Krieg Russlands gegen die Ukraine. Die MdEP sind enttäuscht, dass das belarussische Regime nicht in das jüngste 10. EU-Sanktionspaket gegen Russland aufgenommen wurde. Sie bezeichnen es als Komplizen des russischen Staates, der den Terrorismus unterstützt. Sie fordern harte restriktive Maßnahmen gegen Minsk, die unter anderem die Aufnahme des Kalisektors auf die Sanktionsliste der EU umfassen, da dieser die Haupteinnahmequelle des belarussischen Regimes darstellt. Die MdEP fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die EU-Sanktionen gegen Weißrussland auszuweiten und zu verschärfen und all jene einzubeziehen, die an der Unterdrückung des Regimes beteiligt sind, einschließlich Richter, Staatsanwälte und Beamte der Strafverfolgungsbehörden, Gefängnisse und Strafkolonien, und die ordnungsgemäße Durchsetzung der restriktiven Maßnahmen sicherzustellen. Sie verurteilen auch die intensive Schikanierung und Verfolgung der belarussischen Gewerkschaften durch das Regime sowie das harte Vorgehen gegen nationale Minderheiten durch die Schließung von Schulen und die Zerstörung von Kulturerbe. Die Entschließung unterstreicht auch die Notwendigkeit einer umfassenden Untersuchung der Verbrechen, die das Lukaschenka-Regime an der belarussischen Bevölkerung begangen hat, und fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, den Grundsatz der universellen Zuständigkeit aktiv anzuwenden und Gerichtsverfahren gegen belarussische Beamte vorzubereiten.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0075\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0075_DE.html)

### **AdR; 154. AdR-Plenarsitzung**

Am 15./16.03.2023 fand das 154. AdR-Plenum statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Uwe Becker teil. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Ausgleich der Bedürfnisse von lokalen Gemeinschaften, Unternehmern und Reisenden im Zusammenhang mit Kurzzeitvermietungen“, „die Zukunft der Östlichen Partnerschaft aus lokaler und regionaler Sicht“, „Ziele und Instrumente für ein intelligentes ländliches Europa“, „Nachhaltige Verwendung von Pestiziden“, „Änderung der Asbestrichtlinie“, „Europäisches Medienfreiheitsgesetz“, „Entschließung zur Talenterschließung in den Regionen Europas“ sowie „Entschließung zur Initiative zur Stärkung des sozialen Dialogs“. Darüber hinaus fanden mit folgenden Persönlichkeiten Aussprachen statt: Dubravka Šuica, für Demokratie und Demografie zuständige Vizepräsidentin der Kommission sowie mit Erik Slottner, schwedischer Minister für öffentliche Verwaltung.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2191173&meetingSessionId=2239724>

## Wirtschaft

### **Kommission; Beihilfen – neuer befristeter Rahmen zur Krisenbewältigung**

Die Kommission hat am 09.03.2023 einen neuen befristeten Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels angenommen (sog. Temporary Crisis and Transition Framework - TCTF). Damit hat sie den seit 22.03.2022 bestehenden befristeten Krisenrahmen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des russischen Kriegs gegen die Ukraine geändert und teilweise verlängert. Der neue Rahmen soll dazu beitragen, Investitionen in die Produktion sauberer Technologien und den Zugang zu den dafür benötigten Finanzierungsmitteln zu beschleunigen. Der nun geänderte TCTF ermöglicht neue, bis zum 31.12.2025 zu gewährende Beihilfen zur weiteren Beschleunigung von Investitionen in Schlüsselsektoren für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft. So können Beihilfen gewährt werden, um Anreize zu schaffen für die Herstellung von für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft benötigter Ausrüstung wie Batterien, Solarpaneele, Windturbinen, Wärmepumpen, Elektrolyseure und Ausrüstung für die Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCUS), oder die Herstellung von Schlüsselkomponenten, sowie für die Herstellung oder Rückgewinnung einschlägiger kritischer Rohstoffe, die für die Herstellung der genannten Ausrüstung und Schlüsselkomponenten benötigt werden.

[https://competition-policy.ec.europa.eu/state-aid/ukraine\\_en](https://competition-policy.ec.europa.eu/state-aid/ukraine_en)

### **Kommission; Änderung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung bei staatlichen Beihilfen**

Am 09.03.2023 billigte die Kommission eine Änderung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO), die den ökologischen und digitalen Wandel vereinfachen und beschleunigen helfen soll. Für die Mitgliedstaaten (MS) soll es leichter werden, die für Schlüsselsektoren erforderliche Unterstützung im Einklang mit dem Industrieplan für den Grünen Deal zu gewähren. Durch die AGVO werden bestimmte Gruppen von staatlichen Beihilfen durch Erfüllung bestimmter Voraussetzungen für mit dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV) vereinbar erklärt. Beihilfen müssen so nicht mehr vor ihrer Durchführung bei der Kommission angemeldet und genehmigt werden, sondern können direkt von den MS gewährt

werden. Die Neuerungen umfassen u.a. mehr Möglichkeiten zur Gewährung von Umweltschutz- und Energiebeihilfen, eine Erhöhung der Beihilfeintensitäten und Anhebung der Anmeldeschwellen und mehr Möglichkeiten für Schulungs- und Umschulungsmaßnahmen.

[https://competition-policy.ec.europa.eu/state-aid/legislation/regulations\\_en](https://competition-policy.ec.europa.eu/state-aid/legislation/regulations_en)

### **EuGH; Wettbewerbsrechtliche Nachprüfungen der Kommission bei Unternehmen**

Der EuGH erklärte am 09.03.2023 mit Urteil in den Rechtssachen C-682/20 P und C-690/20 P Urteile des Gerichts der Union (EuG) teilweise für nichtig und annullierte in der Konsequenz die Entscheidung der Kommission, Nachprüfungen in den Geschäftsräumen mehrerer FRA-Unternehmen des Vertriebssektors wegen Verdachts auf wettbewerbswidrige Praktiken durchzuführen. Der EuGH stellt fest, dass die Kommission jedes Gespräch, das sie führt, um Informationen über den Gegenstand einer Untersuchung zu sammeln, aufzeichnen muss. Diese Verpflichtung sei unabhängig davon, ob das Gespräch vor der förmlichen Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, um Anhaltspunkte für eine Zuwiderhandlung zu sammeln, oder danach stattfindet, um Beweise für eine Zuwiderhandlung zu erlangen. Hintergrund des Urteils ist die Aufforderung der Kommission an mehrere Unternehmen im Jahr 2017, sich Nachprüfungen zu unterziehen, bei denen die Kommission u.a. die Räumlichkeiten der Unternehmen besuchte und Kopien der Inhalte der Computer anfertigte. Die Unternehmen Les Mousquetaires, ITM Entreprises, Casino, Guichard-Perrachon, Achats Marchandises, Casino und Intermarché Casino Achats begehrten die Annullierung dieser Entscheidungen beim EuG. Das EuG hatte dieser Klage nur teilweise stattgegeben.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-03/cp230044en.pdf>

### **Kommission; Erklärung von Kommissionspräsidentin von der Leyen und US-Präsident Biden**

Nach dem Treffen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit dem US-amerikanischen Präsidenten Joe Biden am 10.03.2023 in Washington D.C. haben beide Seiten eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Sie betrifft die Zusammenarbeit im Bereich „Aufbau der sauberen Wirtschaft der Zukunft“ – hier geht es um den umstrittenen US-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA) – sowie die gemeinsamen Anstrengungen zur Beendigung des Krieges Russlands gegen die Ukraine und die Stärkung der wirtschaftlichen und nationalen Sicherheit. Zentral ist die Einigung, dass die EU und die USA eine bilaterale Handelsvereinbarung für kritische Rohstoffe („targeted critical minerals agreement“) mit Blick auf in der EU gewonnene oder verarbeitete Rohstoffe abschließen wollen. Dies würde es der US-Administration ermöglichen, die EU als Handelspartner einzustufen, sodass in der EU produzierte Elektroautos nach Abschnitt 30D des IRA von den Vergünstigungen profitieren können. Der IRA sieht vor, dass Käufer nur dann die vollen Subventionen für Elektroautos erhalten, wenn die in der Batterie eingesetzten kritischen Rohstoffe zu einem bestimmten Prozentsatz aus den USA oder einem Staat, mit dem die USA ein Handelsabkommen geschlossen haben, stammen. Letzteres besteht zwischen der EU und den USA aber nicht.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement\\_23\\_1613](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_23_1613)

### **Rat; Leitlinien für die Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung**

Der Rat hat sich am 14.03.2023 auf die Leitlinien für die Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung geeinigt. Die Mitgliedsstaaten (MS) erinnern in dem Beschluss daran, dass sie ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse betrachten. Sie beschlossen, dass die im Vertrag

genannten Referenzwerte von 3% für das Verhältnis des öffentlichen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bestehen bleiben, sowie die 60% für das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstands zum BIP. Alle MS sollen nationale finanzstrukturelle Pläne vorlegen, sobald ein reformierter wirtschaftspolitischer Steuerungsrahmen in Kraft getreten ist. Bei MS mit einer öffentlichen Schuldenquote von über 60% des BIP soll in den nationalen mittelfristigen Plänen sichergestellt werden, dass die Quote hinreichend rückläufig ist. Bei MS mit einer öffentlichen Schuldenquote von weniger als 60% des BIP, aber mit Problemen bei der öffentlichen Verschuldung, muss der nationale mittelfristige Plan sicherstellen, dass die Quote auf einem „vorsichtigen“ Niveau bleibt. Das Verfahren, das bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht eingeleitet werde, sei nach wie vor von großer Bedeutung, so der Rat.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6995-2023-REV-1/de/pdf>

### **Kommission; Wiederaufnahme der Handelsgespräche zwischen der EU und Thailand**

Am 15.03.2023 kündigte die Kommission an, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Thailand wiederaufzunehmen. Ziel ist es, den Handel und Investitionen zu fördern; dabei soll ein breites Themenfeld behandelt werden, z.B. der Marktzugang für Waren, Hindernisse für den digitalen Handel, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Verfahren und der Handel mit Energie und Rohstoffen. Das Abkommen soll den digitalen und grünen Wandel unterstützen. Die Nachhaltigkeit soll im Einklang mit der Mitteilung der Kommission über die Überprüfung von Handel und nachhaltiger Entwicklung im Mittelpunkt des Freihandelsabkommens stehen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_1628](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1628)

### **Kommission; Vorschlag für einen Critical Raw Materials Act**

Die Kommission hat am 16.03.2023 einen „Critical Raw Materials Act“ vorgeschlagen und eine begleitende Mitteilung vorgelegt. Die Initiative zielt darauf, die Abhängigkeit der EU von kritischen Rohstoffen („critical raw materials“, CRM) zu verringern, und ihr sichere und nachhaltige Lieferketten zu sichern. Damit sollen die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und die strategische Autonomie der Union gewährleistet werden. Die Kommission schlägt sowohl „interne“ Maßnahmen zur Stärkung der innereuropäischen Lieferketten als auch „externe“ Maßnahmen in Form von Partnerschaften mit Drittstaaten vor. Dabei unterscheidet sie zwischen kritischen Rohstoffen (insgesamt 34) und strategischen kritischen Rohstoffen (16 von den 34 insgesamt). Für Letztere werden ambitionierte Ziele für 2030 gesetzt. So sollen 10% der in der EU genutzten strategischen kritischen Rohstoffe dann in der EU gewonnen und mindestens 40% dort verarbeitet werden. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zählen die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Förderung strategischer Projekte, die Koordinierung nationaler Vorräte, Maßnahmen zur Kreislaufwirtschaft und die Gründung eines „Critical Raw Materials Club“. Am 20.03.2023 veröffentlichte die Kommission eine Konsultation zum diesem Vorschlag. Die Rückmeldefrist hierzu endet am 16.05.2023.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_23\\_1661](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_1661)

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13597-Europaisches-Gesetz-uber-kritische-Rohstoffe\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13597-Europaisches-Gesetz-uber-kritische-Rohstoffe_de)

### **Kommission; Konsultation zur Evaluierung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit (2020-2024)**

Am 16.03.2023 startete die Kommission eine Konsultation zu der für das erste Quartal 2024 geplanten Halbzeitevaluierung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit (ARF) (2020-2024). Die ARF ist das wichtigste Instrument der EU zur Bekämpfung von negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie. Bei dieser

Evaluierung wird die Umsetzung der ARF zur Halbzeit bewertet, insbesondere, mit welcher Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz und Relevanz die Ziele der ARF-Verordnung verwirklicht wurden und welcher europäische Mehrwert erzielt wurde. Die Rückmeldefrist endet am 08.06.2023.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13608-Aufbau-und-Resilienzfazilitat-2020-2024-Halbzeitevaluierung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13608-Aufbau-und-Resilienzfazilitat-2020-2024-Halbzeitevaluierung_de)

### **Kommission; Mitteilung zum 30-Jährigen Bestehen des Binnenmarkts**

Die Kommission hat am 16.03.2023 anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Binnenmarktes eine Mitteilung zur seiner Bilanz und Zukunftsperspektive veröffentlicht. Der Binnenmarkt gilt mit 440 Mio. Bürgerinnen und Bürgern, 23 Mio. Unternehmen und 15% des weltweiten Bruttoinlandprodukts (BIP) als der weltweit größte integrierte Markt und Motor der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Angesichts neuer Herausforderungen wie dem digitalen und ökologischen Wandel sollen in Zukunft Binnenmarktvorschriften besser durchgesetzt und Hemmnisse z.B. im Dienstleistungssektor überwunden werden. Die Kommission plant dafür, die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten in der Arbeitsgruppe („Taskforce“) für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften (SMET) fortzusetzen, um Hindernisse im Binnenmarkt weiter abzubauen.

[https://single-market-economy.ec.europa.eu/system/files/2023-03/Communication\\_Single%20Market%20at%2030.pdf](https://single-market-economy.ec.europa.eu/system/files/2023-03/Communication_Single%20Market%20at%2030.pdf)

### **Kommission; Mitteilung zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der EU**

Die Kommission hat am 16.03.2023 anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Binnenmarktes eine Mitteilung zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der EU veröffentlicht. Sie kündigt an, in neun Aktionsgebieten tätig werden und den EU-Rechtsrahmen stärken zu wollen: Integration des Dienstleistungssektors, steuerliche Anreize für Forschung und Innovation, schneller Ausbau von erneuerbaren Energien, Zugang zu Privatkapital und privaten Investoren, öffentliche Investitionen und Infrastruktur, das Kreislaufprinzip, Stärkung von Kompetenzen, Handel und offene strategische Autonomie und Digitalisierung. Zudem will sie den Rechtsrahmen stärker auf die Erfordernisse von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum ausrichten.

[https://commission.europa.eu/system/files/2023-03/Communication\\_Long-term-competitiveness.pdf](https://commission.europa.eu/system/files/2023-03/Communication_Long-term-competitiveness.pdf)

### **EuGH; Nachträgliche wettbewerbsrechtliche Kontrolle eines Unternehmenszusammenschlusses**

Am 16.03.2023 stellte der EuGH mit Urteil in der Rechtssache C-449/21 fest, dass ein Zusammenschluss mit außergemeinschaftlicher Bedeutung einer Kontrolle durch die nationalen Wettbewerbsbehörden und die nationalen Gerichte unterliegen kann. Grundlage ist die unmittelbare Wirkung des im EU-Recht verankerten Verbotes des Missbrauchs einer beherrschenden Stellung unter Rückgriff auf ihre eigenen Verfahrensvorschriften. Der EuGH hebt hervor, dass das mit der Fusionskontrollverordnung eingeführte System der einzigen Anlaufstelle ein besonderes Verfahrensinstrument ist. Es ist ausschließlich auf Unternehmenszusammenschlüsse anwendbar, die erhebliche strukturelle Veränderungen mit sich bringen und deren Auswirkungen auf den Markt über die Grenzen eines Mitgliedstaates hinausgehen. Es ist nicht angebracht, daraus abzuleiten, dass der EU-Gesetzgeber beabsichtigte, die auf nationaler Ebene durchgeführte Kontrolle eines Zusammenschlusses im Hinblick auf das primärrechtliche Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung gegenstandslos zu machen. Hintergrund des Urteils war die Klage der Gesellschaft Towercast in FRA gegen die Übernahme der Kontrolle des Unternehmens Itas durch

das Unternehmen TDF wegen eines Missbrauchs einer dominanten Stellung und eines daraus resultierenden unfairen Wettbewerbs.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=271327&pageIndex=0&do-clang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=489627>

### **Kommission; Datenraum für das öffentliche Beschaffungswesen**

Am 16.03.2023 stellte die Kommission im Zusammenhang mit ihrer Mitteilung über das 30-jährige Bestehen des Binnenmarkts ihren Plan zur Schaffung eines europäischen Datenraums für Daten im öffentlichen Beschaffungswesen vor. Der Plan sieht vor, bis Ende 2024 alle teilnehmenden nationalen Publikationsportale zu vernetzen, auf EU-Ebene veröffentlichte historische Daten zu integrieren und ein bestehendes Analyse-Toolkit zu erweitern. Im Datenraum für das öffentliche Auftragswesen werden Daten über die Vorbereitung von Ausschreibungen, Ausschreibungen und Ergebnisse von Ausschreibungen zusammengeführt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex\\_23\\_1701](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_1701)

### **Kommission; Vorstellung der Europäischen Städteinitiative im Rahmen der Kohäsionspolitik**

Am 16.03.2023 stellte Kommissarin Elisa Ferreira auf dem Städteforum die Europäische Städteinitiative vor. Diese soll Innovationen fördern und die Qualität von Investitionen in städtischen Gebieten verbessern. Die Europäische Städteinitiative hat bereits im Oktober 2022 eine erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Unterstützung des Neuen Europäischen Bauhauses veröffentlicht, das kürzlich mit 99 Bewerbungen aus 21 Mitgliedstaaten abgeschlossen wurde. Die Gewinner werden im Juni bekannt gegeben. Die Europäische Städteinitiative ist mit einem Budget von 450 Mio. EUR für den Zeitraum von 2021-2027 ausgestattet.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex\\_23\\_1701](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_1701)

### **Kommission; Sondierungen zu der Evaluierung des Programms für unternehmerische Initiative und Innovation (EIP)**

Am 17.03.2023 startete die Kommission Sondierungen zu der Evaluierung des Programms für unternehmerische Initiative und Innovation (EIP). Das Programm war Teil eines umfangreichen Pakets an EU-Maßnahmen, mit denen kleine und mittelständige Unternehmen (KMU) unterstützt werden sollten, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Den KMU wurde beim Zugang zu Finanzmitteln für die Firmengründung und Expansion geholfen, und sie erhielten Unterstützung auf dem Gebiet der Innovation. Die Evaluierung dient der Bewertung der Auswirkungen des Programms. Die Rückmeldefrist endet am 14.04.2023.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/2106-Programm-fur-unternehmerische-Initiative-und-Innovation-EIP-Evaluierung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/2106-Programm-fur-unternehmerische-Initiative-und-Innovation-EIP-Evaluierung_de)

### **Kommission; Sondierung zur Bewertung von COSME-Programm**

Die Kommission eröffnete am 17.03.2023 Sondierungen in Vorbereitung der für das dritte Quartal 2023 geplanten Bewertung des COSME-Programms. COSME ist ein EU-Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), das von 2014 bis 2020 mit einem Budget von 2,3 Mrd. EUR durchgeführt wurde. KMU bilden mit einem Anteil von 85% an allen neu entstehenden Arbeitsplätzen das Rückgrat der europäischen Wirtschaft, so die Kommission. Die Frist für Rückmeldungen endet am 14.04.2023.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13399-COSME-Programm-Bewertung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13399-COSME-Programm-Bewertung_de)

### **Kommission; Sondierungen zur Evaluierung von elektronischer Rechnungsstellung bei öffentliche Aufträgen**

Am 17.03.2023 hat die Kommission Sondierungen zu der für das vierte Quartal 2023 geplanten Evaluierung der EU-Vorschriften für die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen eröffnet. Die zur Konsultation stehende Initiative zielt darauf ab, die Richtlinie 2014/55/EU über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen zu evaluieren. Die Ergebnisse der Evaluierung werden in einen Bericht an das EP und den Rat einfließen. Die Rückmeldungsfrist endet am 14.04.2023.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13669-Vergabe-offentlicher-Auftrage-EU-Vorschriften-fur-die-elektronische-Rechnungsstellung-bei-offentlichen-Auftragen-Evaluierung-de>

### **Kommission; unangekündigte Nachprüfungen im Sektor für Energydrinks**

Am 20.03.2023 führte die Kommission unangekündigte Nachprüfungen in den Räumlichkeiten eines im Energydrinks-Sektor tätigen Unternehmens durch, das in mehreren Mitgliedstaaten tätig ist. Die Kommission hat Bedenken, dass das Unternehmen aufgrund wettbewerbsbeschränkenden Verhaltensweisen und Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung gegen EU-Kartellvorschriften verstoßen haben könnte.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_1802](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1802)

### **Kommission; Unterstützung von 151 Reformprojekten in den Mitgliedstaaten (MS) zur Stärkung der Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit**

Am 21.03.2023 genehmigte die Kommission weitere 151 Projekte im Rahmen des Instruments für technische Unterstützung (TSI). Sie will im Laufe dieses Jahres alle MS bei der Vorbereitung, Konzeption und Umsetzung von bis zu 326 innovativen Reformvorhaben unterstützen. Die Projekte sind eng mit den Prioritäten der EU für moderne und effiziente öffentliche Verwaltungen, nachhaltiges Wachstum und resiliente Volkswirtschaften verknüpft. Auch in der neuen Projektrunde 2023 liegt ein Schwerpunkt des Instruments für technische Unterstützung bei der Verbesserung der operativen Leistungsfähigkeit und der Effizienz der Verwaltungen in den MS. Dazu wird eine neue Initiative – Austausch zur Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Verwaltung (PACE) – auf den Weg gebracht, um Peer-Learning und den Austausch bewährter Verfahren zwischen Verwaltungsbediensteten aus verschiedenen MS zu fördern und so die Verwaltungskapazitäten sowie die Fähigkeit zur Gestaltung und Umsetzung politischer Maßnahmen zu stärken. Ein weiterer Fokus liegt auf der Umsetzung der Ziele des Grünen Deals und des digitalen Wandels sowie auf Innovationen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_1625](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1625)

## V e r k e h r

### **EuGH; Koordinierungs- und Streitbeilegungsverfahren in der Richtlinie 2012/34/EU zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums**

In seinen Schlussanträgen vom 16.03.2023 macht Generalanwalt Manuel Campos Sánchez-Bordona in der Rechtssache C-671/21 deutlich, dass bei der Zuweisung von Fahrwegkapazität bei der Netzfahrplanerstellung und dem zugrundeliegenden Koordinierungsverfahren die prognostizierte Intensität der Nutzung der Infrastruktur als Vorrangkriterium zu berücksichtigen ist. Art. 46 der Richtlinie 2012/34/EU sei so auszulegen, dass Koordinierungs- und Streitbeilegungsverfahren vorhanden sein

müssen, damit der Infrastrukturbetreiber innerhalb vertretbarer Grenzen selbst über die Zuweisung von Fahrwegkapazität an die Antragsteller entscheiden kann, indem er in Absprache mit ihnen für miteinander unvereinbare Anträge eine Lösung findet. Nach Art. 45 Abs. 2 der Richtlinie in Verbindung mit ihrem Art. 47 ist es zulässig, dass der Infrastrukturbetreiber in Netzfahrplanerstellungs- und Koordinierungsverfahren bestimmten Verkehrsdiensten einen Vorrang einräumt, sofern er dabei objektive, transparente, vernünftige, verhältnismäßige und nichtdiskriminierende Kriterien anwendet. Art. 47 Abs. 4 stehe einer nationalen Regelung entgegen, die als Vorrangkriterium für die Zuweisung von Fahrwegkapazität bei überlasteten Fahrwegen die vergangene oder künftige Intensität der Nutzung des Schienennetzes durch einen etablierten Marktteilnehmer festlegt. Das habe zur Folge, dass der Zugang zu dieser Fahrwegkapazität für neue Marktteilnehmer blockiert wird.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=271344&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2062621>

## E n e r g i e

### **EP, Kommission, Rat; Einigung auf strengere Regeln zur Steigerung der Energieeffizienz**

Die Kommission hat die am 10.03.2023 erzielte vorläufige Einigung zwischen EP und Rat über eine Reform und Verstärkung der EU-Energieeffizienzrichtlinie begrüßt. Die Einigung sieht vor, 2030 ein EU- Energieeffizienzziel von 11,7% zu erreichen; damit werden ambitioniertere Ziele als der ursprüngliche Vorschlag der Kommission im Rahmen des „Fit für 55“ Pakets verfolgt. Die Mitgliedstaaten (MS) werden verpflichtet, gemeinsam eine zusätzliche Verringerung des End- und Primärenergieverbrauchs im Vergleich zu Energieverbrauchsprognosen von 2020 zu erreichen. Dazu wird die jährliche Energieeinsparungsverpflichtung fast verdoppelt, indem die MS jährlich neue Einsparungen von durchschnittlich 1,49% erreichen müssen, um bis Ende 2030 schrittweise auf 1,9% zu gelangen. Der öffentliche Sektor erhält mehr Verantwortung für die Erhöhung der Energieeffizienz, indem ein jährliches Ziel zur Senkung des Energieverbrauchs um 1,9% eingeführt wird. Unternehmen werden zu mehr Energieeffizienz angeregt. Ferner soll ein Berichterstattungssystem für die Energieeffizienz großer Rechenzentren eingeführt werden. Mit einer überarbeiteten Definition von effizienter Fernwärme- und Fernkälteversorgung werden die Mindestanforderungen schrittweise geändert, um bis 2050 die vollständige Dekarbonisierung der Fernwärme- und Fernkälteversorgung sicherzustellen. Durch eine Verschärfung der Bestimmungen zur Finanzierung von Energieeffizienz soll die Mobilisierung von Investitionen erleichtert werden. Des Weiteren enthält das Abkommen eine EU-weite Definition von Energiearmut.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_1581](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1581)

### **Kommission; Vorschläge zur Strommarktreform**

Die Kommission hat am 14.03.2023 eine Reform des EU-Strommarkts vorgeschlagen. Die Reform soll zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien beitragen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher und Industrie vor Preisschwankungen für fossile Brennstoffe, künftigen Preisspitzen und Marktmanipulation schützen. Die Reform sieht eine Änderung der Elektrizitätsbinnenmarktverordnung (EU) 2019/943, der Elektrizitätsbinnenmarkttrichtlinie (EU) 2019/944 und der REMIT-Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 (Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts) vor. Es sollen Anreize für längerfristige Verträge bei nichtfossiler Energieerzeugung geschaffen werden, u.a. durch die Vereinfachung von

Stromabnahmeverträgen („Power Purchase Agreements“; PPAs). Für neue Investitionen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen und Kernenergie sollen Förder- bzw. Preisunterstützungsmaßnahmen künftig als zweiseitige Differenzverträge („Contracts for Difference“, sog. CfDs) ausgestaltet werden. Bei Übergewinnen sollen die zusätzlichen Erlöse an Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden. Darüber hinaus hat die Kommission eine Empfehlung für die Mitgliedstaaten zur Energiespeicherung vorgelegt. Am 16.03.2023 eröffnete die Kommission eine Konsultation zu dieser Verordnung. Die Rückmeldefrist endet am 16.05.2023.

[https://energy.ec.europa.eu/electricity-market-reform-consumers-and-annex\\_en](https://energy.ec.europa.eu/electricity-market-reform-consumers-and-annex_en)  
[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13788-Interservice-consultation-on-the-electricity-market-design-reform-REMIT\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13788-Interservice-consultation-on-the-electricity-market-design-reform-REMIT_de)

### **EP; Position zur Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden**

Am 14.03.2023 nahm das EP seine Position zur Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden an. Ziel der Überarbeitung ist, dass bis 2030 deutlich weniger Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor erzeugt, der Energieverbrauch gesenkt und das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden. Außerdem sollen mehr energieeffiziente Gebäude renoviert werden und der Austausch von Informationen über die Gesamtenergieeffizienz verbessert werden. Alle Neubauten sollen ab 2028 emissionsfrei sein. Außerdem sollen alle Neubauten bis 2028 mit Solaranlagen ausgestattet werden, sofern dies technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist. Nationale Renovierungspläne sollten Förderprogramme enthalten, um den Zugang zu Zuschüssen und Finanzierungen zu erleichtern. Außerdem müssen die Mitgliedstaaten kostenlose Informationsstellen und kostenneutrale Renovierungsprogramme einrichten.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0068\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0068_DE.html)

### **Kommission; Net Zero Industry Act und EU-Wasserstoffbank**

Die Kommission hat am 16.03.2023 einen „Net Zero Industry Act“ vorgeschlagen. Der Verordnungsvorschlag soll die Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Produktion von Netto-Null-Technologien in der EU stärken und das europäische Energiesystem resilienter gestalten. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte die Initiative als Teil des Green-Deal-Industrieplans am 01.02.2023 angekündigt. Außerdem schlägt die Kommission die Schaffung einer EU-Wasserstoffbank vor. Ziel der Legislativinitiative ist, dass die gesamte strategische Netto-Null-Technologie-Produktionskapazität der Union bis 2030 mindestens 40% des Bedarfs der EU deckt. Um dies zu erreichen, sieht der Vorschlag vor, den Rechtsrahmen für die Produktionskapazitäten von Technologien zu vereinfachen (z.B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren, Vorgaben für die öffentliche Beschaffung), die für die Erreichung der Klimaneutralitätsziele entscheidend sind, wie Windturbinen, Wärmepumpen, Sonnenkollektoren, erneuerbarer Wasserstoff und CO<sub>2</sub>-Speicherung. Was genau als „Netto-Null-Technologie“ im Sinne des Gesetzes gilt, wird im Anhang des Vorschlags definiert. Der Net Zero Industry Act ist die „Antwort“ der EU auf den US-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA), der die Produktion und den Verkauf von in den USA produzierten Elektrofahrzeugen und anderen „sauberen“ Technologien subventioniert. Die neue EU-Wasserstoffbank soll den Investitionsrahmen für erneuerbaren Wasserstoff in der EU verbessern und damit die Ziele des Net-Zero Acts unterstützen. Am 20.03.2023 veröffentlichte die Kommission eine Konsultation zu dem Verordnungsvorschlag. Die Rückmeldefrist endet am 16.05.2023.

[https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/net-zero-industry-act\\_en](https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/net-zero-industry-act_en)

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13791-Net-Zero-Industry-Act\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13791-Net-Zero-Industry-Act_de)

### **Kommission; Konsultation zur Ökodesign-Verordnung für Einzelraumheizgeräte**

Am 21.03.2023 hat die Kommission eine Konsultation über die Überarbeitung der Ökodesign-Verordnung mit Mindestanforderungen an die Energieeffizienz von Einzelraumheizgeräten eröffnet. Der Rechtsakt habe, so die Kommission, zu einer Verringerung des Energieverbrauchs von Einzelraumheizgeräten geführt. In einer Überprüfungsstudie seien jedoch Regelungslücken festgestellt worden; auch bestünde noch Potenzial für eine weitere Steigerung der Energieeinsparungen. Vor diesem Hintergrund sind die interessierten Kreise aufgerufen, Rückmeldung zur Einschätzung des Problems durch die Kommission zu geben und sachdienliche Informationen mitzuteilen. Die Konsultation endet am 18.04.2023.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12834-Energieeffizienz-Okodesign-Anforderungen-an-Einzelraumheizgerate-Uberarbeitung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12834-Energieeffizienz-Okodesign-Anforderungen-an-Einzelraumheizgerate-Uberarbeitung_de)

## Digital

### **EP; Verabschiedung des Berichts zum Datengesetz („Data Act“)**

Das EP hat am 14.03.2023 den Bericht von MdEP Pilar del Castillo Vera (EVP/ESP) zum Vorschlag der Kommission für ein Datengesetz („Data Act“) mit breiter Mehrheit angenommen (500-23-110). Das Datengesetz regelt als Verordnung fünf Aspekte der Datenwirtschaft: Zugriff auf Daten im Internet der Dinge (Bereich B2B und B2C), Beseitigung unfairer Vertragsgestaltungen zu Lasten von kleinen und mittelgroßen Unternehmen (KMU), Bereitstellung von Daten der Privatwirtschaft zu öffentlichen Zwecken (Bereich B2G), Erleichtern des Wechsels zwischen Cloud-Diensten sowie die Förderung von technischer Standardisierung und Interoperabilität. Das EP unterstützt den Kommissionsvorschlag im Grundsatz und stärkt die Position des Datennutzers gegenüber dem Inhaber. Es werden jedoch auch Beschränkungen der Zugangsrechte gefordert, u.a. zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen und zur Begrenzung des Datenzugangs von öffentlichen Stellen gegenüber dem Privatsektor. Der Rat hat seine Position noch nicht festgelegt. Sobald dies geschehen ist, werden Kommission, Rat und EP die Trilogverhandlungen aufnehmen, um sich auf einen Kompromisstext zu einigen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0069\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0069_DE.html)

### **Kommission; Digitale Allianz EU-Lateinamerika/Karibik ins Leben gerufen**

Am 14.03.2023 haben Kommissionsvizepräsidentin Margrethe Vestager, der SWE-Ratsvorsitz und Vertreter Lateinamerikas und der Karibik die Digitale Allianz EU-Lateinamerika und Karibik in Bogotá (Kolumbien) ins Leben gerufen. Es handelt sich um eine gemeinsame Initiative zur Förderung eines auf den Menschen ausgerichteten Ansatzes für den digitalen Wandel. Die Initiative wird seitens der EU mit 145 Mio. EUR unterstützt; davon stammen 50 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt zur Förderung der digitalen Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen. Die Allianz soll ein Forum für einen regelmäßigen hochrangigen Dialog bieten, und die Zusammenarbeit in Bereichen wie digitale Infrastruktur, rechtliches Umfeld, Kompetenzentwicklung, Technologien, Unternehmertum und Innovation, Digitalisierung öffentlicher Dienste sowie Erdbeobachtungsdaten und Anwendungen und Dienste der Satellitennavigation stärken.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/global-gateway-eu-latin-america-and-caribbean-partners-launch-colombia-eu-lac-digital-alliance>

### **EP; Verhandlungsmandat zur europäischen digitalen Identität angenommen**

Das EP hat am 16.03.2023 mit deutlicher Mehrheit (418-103-24) das Mandat für Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission zu dem Verordnungsentwurf zur Schaffung eines Rahmens für eine europäische digitale Identität (EUID) angenommen. Der Rat hatte seine Position bereits im Dezember 2022 festgelegt, so dass jetzt die Trilogverhandlungen zur Einigung auf einen Kompromisstext beginnen können. Die EUID-Verordnung verpflichtet die Mitgliedstaaten, eine elektronische Briefftasche (sog. Wallet) anzubieten, mit der sich Bürgerinnen und Bürger EU-weit ausweisen und identifizieren können, um öffentliche und private Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Dadurch soll eine europäische Alternative zu den derzeit von US-amerikanischen Tech-Unternehmen wie Google und Apple angebotenen Identifizierungssystemen geschaffen werden. Berichterstatterin MdEP Romana Jerković (S&D/KRO) bezeichnete die neue europäische digitale Identität als „game changer“. Sie ermögliche es europäischen Bürgerinnen und Bürgern, Dokumente wie den Führerschein oder Diplome mit ihrer nationalen Identität in der Wallet zu verknüpfen; die Nutzung sei allerdings freiwillig, wie sie betonte. Das EP hat entschieden, dass bestimmte sensible Daten wie medizinische Daten oder Strafregisterauszüge nur auf dem Smartphone gespeichert werden. Eine Ausnahme und Cloudspeicherung soll es nur auf ausdrücklichen Wunsch der Bürgerinnen und Bürger geben.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230315IPR77508/parliament-ready-to-negotiate-with-council-for-an-eu-wide-digital-wallet>

### **Kommission; Einrichtung der hochrangigen Gruppe zum DMA**

Die Kommission hat am 23.03.2023 den Beschluss zur Einrichtung einer hochrangigen Gruppe gem. Art. 40 der Verordnung (EU) 2022/1925 (Digital Markets Act, DMA) angenommen. Das Gremium setzt sich aus höchstens 30 Vertreterinnen und Vertretern zusammen, die vom Gremium der europäischen Regulierungsbehörden für elektronische Kommunikation (GEREK), dem Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDSB) und dem Europäischen Datenschutzausschuss, dem Europäischen Wettbewerbsnetz (ECN), dem Netz für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC-Netz) und der Gruppe der europäischen Regulierungsbehörden für audiovisuelle Mediendienste (ERGA) benannt werden. Den Vorsitz führt die Kommission. Aufgabe des Gremiums ist, die Kommission auf Aufforderung mit Expertise bei der Umsetzung des DMA zu unterstützen und zu beraten. Die hochrangige Gruppe hat ein Mandat von zwei Jahren und wird mindestens einmal pro Jahr zusammentreten.

[https://competition-policy.ec.europa.eu/document/a46c9a1d-54c1-4025-aa45-f454f52790fc\\_en](https://competition-policy.ec.europa.eu/document/a46c9a1d-54c1-4025-aa45-f454f52790fc_en)

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Sondierung zur Bewertung der Exekutivagenturen**

Die Kommission eröffnete am 10.03.2023 eine Sondierung zur Festlegung des Status der Exekutivagenturen im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 58/200 des Rates. Alle drei Jahre wird eine externe Bewertung dieser Exekutivagenturen durchgeführt. Unter diesen fällt unter anderem die Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur, die Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrats und die Exekutivagentur für die

Forschung. Geprüft werden sie nach den Kriterien Wirksamkeit, Effizienz und Kohärenz für den Zeitraum 2017 bis 2021. Unterstützt wird die Bewertung durch eine Studie eines externen Auftragnehmers. Die Rückmeldefrist endet am 07.04.2023.  
[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13593-EU-Exekutivagenturen-dreijährliche-Bewertung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13593-EU-Exekutivagenturen-dreijährliche-Bewertung_de)

### **Kommission; Vorbereitung einer Abschlussbewertung des Euratom-Programms**

Die Kommission bereitet die Abschlussbewertung des Euratom-Programms vor, in der die Ergebnisse und Auswirkungen auf die Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich analysiert werden, die von 2014 bis 2020 durchgeführt wurden. Sie wird sich auf die wichtigsten unterstützten Wissenschaftsbereiche und die eingesetzten Instrumente erstrecken. Die Bewertung erfüllt die Verpflichtung auf die Rechenschaftspflicht bei den öffentlichen Ausgaben und dient dazu, Erkenntnisse zu liefern, die bei der Konzeption und Durchführung laufender und künftiger Euratom-Maßnahmen im Bereich Forschung und Innovation helfen können.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13618-Euratom-Programm-fur-Forschung-und-Ausbildung-2014-2020-Bewertung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13618-Euratom-Programm-fur-Forschung-und-Ausbildung-2014-2020-Bewertung_de)

## Finanzdienstleistungen

### **EP: Öffentliche Anhörung - ESRB-Vorsitzende Lagarde betont Stabilität von EU-Banken und Unterschiede zu US-Regulierung**

In ihrer Rolle als Vorsitzende des ESRB (European Systemic Risk Board) hat EZB-Chefin Lagarde in einer öffentlichen Anhörung des EP zur Stabilität im Bankensektor Stellung bezogen. Sie betonte die gute, deutlich über den regulatorischen Anforderungen liegende Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung der Banken in der EU. Im Gegensatz zu den USA, die die Standards des BCBS („Basel-Standards“) nur auf 14 der größten und international tätigen Institute anwenden, habe Europa die Standards flächendeckend umgesetzt. Gerade unter der Trump-Regierung seien die Anforderungen an das Risiko- und Liquiditätsmanagement kleiner und mittlerer Banken massiv zurückgefahren worden. In der EU würden die Baseler Standards auf alle – rund 2200 Institute – angewendet. Das bewähre sich nun. Die ESRB-Chefin nutzte die Gelegenheit, auf eine vollständige Umsetzung der Basel III-Standards zu drängen und keine Aufweichungen zuzulassen. Solche Ausnahmen werden in den aktuellen Verhandlungen um das Bankenpaket teils aus dem Rat und EP gefordert.

[https://emeeting.europarl.europa.eu/emeeting/committee/en/agenda/202303/ECON?meeting=ECON-2023-0320\\_1&session=03-20-15-00&item=IECON\(2023\)0320\\_1EN-6&lang=en](https://emeeting.europarl.europa.eu/emeeting/committee/en/agenda/202303/ECON?meeting=ECON-2023-0320_1&session=03-20-15-00&item=IECON(2023)0320_1EN-6&lang=en)

## Finanzen

### **Rat; Treffen von EUR-Gruppe und ECOFIN**

Am 13.03.2023 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Donohoe in Brüssel. Auf der Tagesordnung standen insbesondere ein Gedankenaustausch über die haushaltspolitischen Leitlinien 2023 und 2024, die Inflationsentwicklung im EUR-Währungsgebiet und der digitale EUR. Am 14.03.2023 tagten die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) unter dem Vorsitz der schwedischen Ratspräsidentschaft

ebenfalls in Brüssel. Im Mittelpunkt der ECOFIN-Sitzung standen die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die haushaltspolitischen Leitlinien für 2024.

[https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2023/03/14/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Economic+and+Financial+Affairs+Council](https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2023/03/14/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Economic+and+Financial+Affairs+Council)

### **Rat; Leitlinien für die Reform des EU-Rahmens der wirtschaftspolitischen Steuerung**

Am 14.03.2023 veröffentlichte der Rat seine Schlussfolgerungen zur Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung. Er erkennt an, dass die Wirtschaft vor zahlreichen wirtschaftlichen Herausforderungen stehe, zu deren Bewältigung es ehrgeiziger Reformen bedürfe. Es seien übereinstimmende Standpunkte in den wesentlichen Grundsätzen gefunden worden. Vor allem habe man sich auf das Fortbestehen der im Vertrag festgelegten Referenzwerte von 3% (Defizitgrenze) und 60% (Verschuldensgrenze) geeinigt. Weitere Annäherungen gebe es bei dem Umgang mit besonders hohen Schuldenständen einzelner Mitgliedsstaaten. Allerdings müssen verschiedene Bereiche insbesondere in der Umsetzung dieser Grundsätze weiter vertieft werden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6995-2023-REV-1/de/pdf>

### **EZB; Anhebung der Leitzinsen um 0,5 Prozentpunkte**

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschloss am 16.03.2023, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit Wirkung zum 22.03.2023 auf 3,5%, den für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 3,75% und jener für die Einlagefazilität auf 3,0% zu erhöhen. Der EZB-Rat beabsichtigt ferner, die Bestände der im Rahmen des Anleihenkaufprogramms APP erworbenen Wertpapiere bis Ende Juni 2023 monatlich im Durchschnitt um 15 Mrd. EUR zu reduzieren. Das Tempo danach wird im Zeitverlauf festgelegt. Was das Pandemie-Notfallankaufprogramm PEPP angeht, beabsichtigt der EZB-Rat die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms erworbenen Wertpapiere mindestens bis Ende 2024 bei Fälligkeit wieder anzulegen. Anschließend wird das Auslaufen des Portfolios in jedem Fall so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des angemessenen geldpolitischen Kurses vermieden wird.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2023/html/ecb.mp230316~aad5249f30.de.html>

### **Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum leicht auf 8,5% gesunken**

Am 17.03.2023 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im Februar 2023 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 8,5% gegenüber 8,6% im Januar. Ein Jahr zuvor hatte sie 5,9% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Februar 2023 bei 9,9% gegenüber 10,0% im Januar. Ein Jahr zuvor hatte sie 6,2% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in LUX (4,8%), BEL (5,4%) und ESP (6,0%) verzeichnet, die höchsten in HUN (25,8%), LET (20,1%) und CZE (18,4%). Im Februar kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+3,10 Prozentpunkte), gefolgt von Dienstleistungen (+2,02 Prozentpunkte), Industriegütern ohne Energie (+1,74 Prozentpunkte) sowie Energie (+1,64 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im Februar 9,3%, die in BEL 5,4%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/16310161/2-17032023-AP-DE.pdf/ea2c641b-3c48-51f9-3f8c-2cf1f9042524?t=1678979439680&download=true#:~:text=Die%20j%C3%A4hrliche%20Inflationsrate%20in%20der,Amt%20der%20Europ%C3%A4ischen%20Union%2C%20ver%C3%B6ffentlicht.>

### **Kommission; Konsultation zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zum Kohäsionsfonds**

Die Kommission führt in der Zeit vom 18.01.2023 bis zum 12.04.2023 eine öffentliche Konsultation zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zum Kohäsionsfonds im Zeitraum 2014-2020 durch. Die Evaluierung soll Aufschluss über die Wirksamkeit, Effizienz und Auswirkungen der geförderten Investitionen geben, sowie deren Kohärenz mit anderen Maßnahmen bewerten. Damit soll herausgefunden werden, unter welchen sozioökonomischen Voraussetzungen Investitionen erfolgreich sind. Außerdem soll gemessen werden, welchen Beitrag die Fonds zu Wachstum, nachhaltiger Entwicklung und Arbeitsmarktentwicklung leisten.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13301-Europaischer-Fonds-fur-regionale-Entwicklung-und-Kohasionsfonds-2014-2020-Ex-post-Evaluierung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13301-Europaischer-Fonds-fur-regionale-Entwicklung-und-Kohasionsfonds-2014-2020-Ex-post-Evaluierung_de)

### **Kommission; Konsultation zum Europäischer Behindertenausweis**

Die Kommission führt in der Zeit vom 10.02.2023 bis zum 05.05.2023 eine öffentliche Konsultation zum Europäischen Behindertenausweis durch. Der Europäische Behindertenausweis soll Menschen mit Behinderungen die Freizügigkeit in der EU erleichtern. Inhaberinnen und Inhaber dieses EU-weit geltenden Ausweises sollen damit einen bevorzugten Zugang zu bestimmten Dienstleistungen erhalten. Aufbauend auf dem Pilotprojekt des Europäischen Behindertenausweises, soll dieser für ein breites Spektrum an Dienstleistungen gelten.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13517-Europaischer-Behindertenausweis\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13517-Europaischer-Behindertenausweis_de)

### **Kommission; Konsultation zu zivilgesellschaftlichem Engagement**

Die Kommission führt in der Zeit vom 16.02.2023 bis zum 13.04.2023 eine öffentliche Konsultation zu Maßnahmen zur Förderung einer breiten und substanziellen Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft sowie von Bürgerinnen und Bürgern durch. Um zivilgesellschaftliches Engagement und Teilhabe, Inklusivität und Wirksamkeit zu stärken, werden die Mitgliedstaaten (MS) aufgefordert, günstige Rahmenbedingungen für eine Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Die Maßnahmen der MS werden sich an zentralen Leitprinzipien wie Transparenz, Offenheit, Zugang zu Informationen, Inklusivität und Rechenschaftspflicht orientieren. Die Annahme durch die Kommission ist für das zweite Quartal 2023 geplant.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13748-Empfehlung-zum-zivilgesellschaftlichen-Engagement\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13748-Empfehlung-zum-zivilgesellschaftlichen-Engagement_de)

### **EP; Delegation bei UN Frauenrechtskommission**

Vom 06.03.2023 – 09.03.2023 nahm eine Delegation des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) an der Frauenrechtskommission (FRK) der UN 2023 teil. Die Delegation, unter der Leitung des Vorsitzenden Robert Biedroń, traf sich in New York mit Vertretern und Vertreterinnen der UN, der EU, der Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft. Anschließend reiste die Delegation für Gespräche mit Vertretern und Vertreterinnen der US-Regierung und des US-Kongresses nach Washington, D.C. Der Schwerpunkt der FRK lag 2023 auf Innovation, technologischem Wandel und Bildung im digitalen Zeitalter, um die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle aller Frauen und Mädchen zu erreichen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Bekämpfung des

globalen Backlash gegen Frauenrechte, (sexualisierter) Gewalt und dem Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230306IPR77016/new-york-and-washington-d-c-meps-attended-un-csw-and-discussed-women-s-rights>

### **Rat; Ratssitzung Beschäftigung und Sozialpolitik**

Am 13.03.2023 trafen sich die Ministerinnen und Minister für Beschäftigung und Sozialpolitik zur Erörterung der beschäftigungspolitischen und sozialen Lage der EU. Bei der Ratssitzung ging es um das Europäische Semester 2023 und um einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Ratifizierung des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zur Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt. Zu den weiteren Tagesordnungspunkten gehörte die Vorstellung der Empfehlungen des Sonderberaters der Kommission für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge.

[https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/epsco/2023/03/13-14/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Employment%2c+Social+Policy%2c+Health+and+Consumer+Affairs+Council](https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/epsco/2023/03/13-14/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Employment%2c+Social+Policy%2c+Health+and+Consumer+Affairs+Council)

### **ELA; Posting 360 startet**

Die Europäische Arbeitsbehörde (ELA) startet gemeinsam mit der Kommission das Programm „Posting 360 Mutual Learning and Understanding“ zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Das erste ELA-Forum fand am 13.03.2023 – 14.03.2023 in Bratislava statt. Ziel des Forums ist es, mit der Kommission und der ELA einen Meinungsaustausch über die wichtigsten Aspekte der Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu führen, das gemeinsame Wissen und die Fachkenntnisse zu erweitern und die Prioritäten für Maßnahmen im Rahmen des Programms Posting 360 zu ermitteln.

<https://www.ela.europa.eu/en/news/enhancing-cross-border-cooperation-area-posting-workers-ela-launches-posting-360-programme>

### **Kommission; Öffentliche Arbeitsverwaltungen unterstützen Menschen aus der Ukraine**

Die öffentlichen Arbeitsverwaltungen sind einer der wichtigsten Akteure bei der Integration von Vertriebenen aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt. Zur Erleichterung des Informations- und Erfahrungsaustauschs hat das Europäische Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen einen Fragebogen zur Sammlung von Informationen herausgegeben. Dieser zeigt Erfolge bei der Integration ukrainischer Flüchtlinge auf. Aus den Angaben von 25 öffentlichen Arbeitsverwaltungen geht hervor, dass im Februar 2023 mehr als 1,3 Mio. aus der Ukraine vertriebene Personen in diesen Ländern beschäftigt waren. Trotz der Erfolge bei der Integration ukrainischer Flüchtlinge sind sowohl Sprachbarrieren als auch die Anerkennung von Qualifikationen weiterhin ein großes Problem.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&furtherNews=yes&newsId=10526>

### **FRA; Datenerhebung über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) veröffentlichte am 20.03.2023 einen neuen Leitfaden, der die Erhebung von Daten über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der gesamten EU unterstützt. Der Leitfaden zeigt auf, wie Indikatoren zu entwickeln und zu verbessern sind, um die nationale Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit

Behinderungen (BRK) zu bewerten. Die FRA führt an, dass dies von entscheidender Bedeutung sei, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen ihre Rechte in vollem Umfang wahrnehmen können.

<https://fra.europa.eu/de/news/2023/neuer-leitfaden-zur-verbesserung-der-datenerhebung-ueber-die-rechte-von-menschen-mit>

### **EP; Rassische und ethnische Diskriminierung**

Der Wissenschaftliche Dienst des EP (EPRS) veröffentlichte am 20.03.2023 ein Briefing zum Thema rassistischer und ethnischer Diskriminierung innerhalb der EU. Anlässlich der zweiten EU-Woche gegen Rassismus und für Vielfalt widmet sich der EPRS der Untersuchung des Ausmaßes von Diskriminierung und Vorurteilen, der Evaluierung des EU-Rechtsrahmens und bestehender Gleichstellungsgremien, dem politischen Rahmen der EU und den Standpunkten der Interessengruppen sowie des EP. Dabei betont der EPRS, dass - obgleich verschiedene Formen der Diskriminierung in alle Bereiche des täglichen Lebens hineinreichen - Daten zu diesem Thema knapp sind. Vorfälle von Diskriminierung sowie rassistische und fremdenfeindliche Straftaten werden den Behörden oft nicht gemeldet oder aber Daten werden nicht, oder nur teilweise erhoben.

[https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS\\_BRI\(2023\)745691](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_BRI(2023)745691)

### **Rat; Internationaler Tag gegen Rassismus**

Anlässlich des Internationalen Tags zur Beseitigung der Rassendiskriminierung veröffentlichte der Rat am 21.03.2023 eine Pressemitteilung. Mit dem Aktionsplan der Europäischen Union (EU) gegen Rassismus 2020-2025 stelle man sich der Herausforderung, auch 75 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte weiterhin für die Realisierung dieser Normen einzustehen. Rassismus zu bekämpfen bedeutet gegen Gewalt und Hass vorzugehen, Barrieren zu beseitigen, Wohlstandsunterschiede zu verringern, Vorurteile in der Strafjustiz abzubauen sowie Stereotypen und Vorurteilen zu trotzen. Die EU werde weiterhin keine Mühen scheuen, um Rassismus und Rassendiskriminierung innerhalb ihrer eigenen Grenzen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/19/international-day-for-the-elimination-of-racial-discrimination-2023-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union/>

### **EMA; Bericht über Zwischenbilanz**

Die EMA (Europäische Arzneimittel-Agentur) hat am 22.03.2023 einen Bericht veröffentlicht, der die Zwischenbilanz ihrer Regulatory Science Strategy (RSS) bis 2025 zusammenfasst. Der Bericht gibt einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse, die zwischen März 2020 und Dezember 2022 in den Bereichen Human- und Veterinärmedizin erzielt wurden. Dem Bericht zufolge konnten in mehreren Bereichen der Humanmedizin Fortschritte erzielt werden: Förderung der Innovation bei klinischen Prüfungen; Förderung der Verwendung hochwertiger, praxisnaher Daten bei der Entscheidungsfindung; Stärkung der Patientenrelevanz bei der Generierung von Erkenntnissen; Beitrag zur Vorbereitung der Gremien für die Bewertung von Gesundheitstechnologien und zur nachgelagerten Entscheidungsfindung für innovative Arzneimittel; Unterstützung von Entwicklungen in den Bereichen Präzisionsmedizin, Biomarker und "Omics". Ein abschließender Bericht über die Strategie soll im Jahr 2026 veröffentlicht werden.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/advancing-regulatory-science-eu-mid-point-report-published>

### **ETF; Green Skills Award 2023**

Am 23.03.2023 startete die Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) einen Aufruf zur Einreichung von Berichten über best-practice Beispielen bei der Entwicklung von Kompetenzen zur Beschleunigung des grünen Wandels. Ziel ist es, inspirierende und innovative Ideen zu liefern, wie Bildungs- und Beschäftigungspolitik und Praxis zu grüneren und gerechteren Volkswirtschaften und Gesellschaften beitragen können. Aus den zehn Finalisten und Finalistinnen wird ein Gewinner oder eine Gewinnerin durch eine öffentliche Abstimmung ermittelt, und zwei weitere werden von einer internationalen Jury ausgewählt, die sich aus Experten und Expertinnen verschiedener EU-Organen und anderer internationaler Institutionen zusammensetzt. Zu den Auswahlkriterien gehören Relevanz, Innovation, Replizierbarkeit und Wirkung. Die Bewerbungsphase endet am 23.04.2023.

<https://www.etf.europa.eu/en/news-and-events/news/take-chance-become-next-winner-apply-now>

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### **ECHA; Konsultation zu PFAS-Beschränkung**

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) fordert interessierte Kreise auf, bis zum 25.09.2023 wissenschaftliche und technische Informationen über die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Per- und Polyfluoralkylstoffen (PFAS) einzureichen. Von besonderem Interesse sind Informationen zu den Risiken, sozioökonomischen Aspekten und alternativen Stoffen. Die Kommission wird gemeinsam mit den Mitgliedstaaten auf der Grundlage des Vorschlags und der Stellungnahme der Ausschüsse über die mögliche Beschränkung der Verwendung solcher Stoffe entscheiden.

<https://echa.europa.eu/de/-/echa-seeks-input-on-proposed-pfas-restriction>

### **OSHA; Interaktive Risikobewertungsinstrumente**

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) hat zwölf interaktive Risikobewertungsinstrumente entwickelt, um die Risiken im landwirtschaftlichen Sektor abschätzen zu können. Drei weitere für das flämischsprachige und französischsprachige BEL und GRI befinden sich in der Entwicklung. Die Landwirtschaft gehört zu den gefährlichsten Berufszweigen in Europa. Landwirte und Landwirtinnen sind einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, z. B. Unfälle mit Maschinen und Vieh, Umgang mit Pestiziden und anderen Chemikalien, Vibrationen und Lärm, Exposition gegenüber einer Vielzahl von Wetterbedingungen und Arbeiten in der Höhe.

<https://osha.europa.eu/en/oshnews/risk-free-workplaces-healthy-farmers-start-oir>

### **OSHA; Fortbildungen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz**

Das Nordische Institut für Fortbildung im Bereich der Gesundheit am Arbeitsplatz (NIVA) bietet zwei neue Fortbildungskurse für Forscher und Forscherinnen, sowie Fachleute im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz an. Die erste Fortbildung behandelt die Themen Digitalisierung, Automatisierung, KI und die zukünftige nachhaltige Arbeitsumgebung. Die zweite Fortbildung deckt die Themen nichtstandardmäßige Beschäftigung, Arbeitsumgebung und Gesundheit ab. Die NIVA-Kurse, Webinare und Konferenzen zum Thema Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz stehen Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus der ganzen Welt offen.

<https://osha.europa.eu/en/oshnews/upcoming-occupational-health-and-safety-courses-niva>

### **Kommission; Rückmeldungen zum Schutz vor Chemikalien am Arbeitsplatz**

Die Kommission erwartet in der Zeit vom 14.02.2023 bis zum 26.04.2023 Rückmeldungen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor der Exposition gegenüber Chemikalien (Blei und Diisocyanate). Mit dieser Initiative plant die Kommission, die EU-Richtlinie 98/24/EG zum Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe zu aktualisieren. Durch die Einführung und Überprüfung strengerer Grenzwerte für Blei und für Diisocyanate sollen die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12745-Gesundheit-und-Sicherheit-am-Arbeitsplatz-Schutz-der-Arbeitnehmerinnen-und-Arbeitnehmer-vor-der-Exposition-gegenueber-Chemikalien-Blei-und-Diisocyanate-de>

### **Kommission; Konsultation zur Evaluierung des Rechtsakts zur Eindämmung des Tabakgebrauchs**

Die Kommission führt in der Zeit vom 21.02.2023 bis zum 16.05.2023 eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung des Rechtsrahmens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs durch. Vor dem Hintergrund der rapiden Zunahme des Tabakkonsums, sowie des Wandels der Tabakindustrie durch neue technische Entwicklungen, müsse der bestehende Rechtsrahmen geprüft werden. Anhand dessen soll bewertet werden, ob das Ziel „Generation Rauchfrei“ bis 2040 erreicht werden kann. Gegenstand der Bewertung sind Produktregulierung, Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring im weiteren Kontext anderer politischer Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13481-Evaluierung-des-Rechtsrahmens-zur-Eindammung-des-Tabakgebrauchs-de>

### **Kommission; Kommissarin Kyriakides zur Überarbeitung der allgemeinen EU-Arzneimittelvorschriften**

Stella Kyriakides, EU-Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, hielt am 13.03.2023 eine Rede und benannte dabei sechs Kernziele der geplanten Überarbeitung der allgemeinen EU-Arzneimittelvorschriften. Ziele der Überarbeitung seien die Gewährleistung des Zugangs zu erschwinglichen Arzneimitteln, die Förderung von Innovationen, eine bessere Versorgungssicherheit, die Verbesserung der Umweltverträglichkeit von Arzneimitteln, die Bekämpfung von antimikrobiellen Resistenz und die Entbürokratisierung der Vorgänge. Dies sei eine Gelegenheit, die Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt zu stellen und gleichzeitig eine innovative und weltweit wettbewerbsfähige EU-Industrie zu unterstützen. In den kommenden Wochen wolle man einen Vorschlag unterbreiten, der sowohl patientenorientiert als auch industriefreundlich ist.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH\\_23\\_1630](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_23_1630)

### **EMA; Arzneimittelknappheit**

Am 15.03.2023 kam der Verwaltungsrat der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) zusammen. Hauptthema des Treffens war die Arzneimittelknappheit innerhalb der EU. Die EMA wird in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Gesundheitliche Notfälle und Bereitschaftsplanung der Kommission (GD HERA) mit den wichtigsten Herstellern Kontakt aufnehmen, um die Produktionskapazitäten und die Nachfrageprognosen für eine ausgewählte Gruppe kritischer Antibiotika zu erörtern. Außerdem ging es um das erweiterte Mandat der EMA, das die Rolle der Agentur bei der Verwaltung kritischer Arzneimittel und Medizinprodukte in Notfällen im Bereich der öffentlichen Gesundheit stärkt. Zu diesem Thema trat auch ein neues Exekutivorgan, die Medical Devices Shortages Steering Group (MDSSG), zum ersten Mal zusammen.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-management-board-highlights-march-2023-meeting>

### **EuGH; Schlussanträge zur Nichterhebung von Pfand auf bestimmte Verpackungen von Getränken**

Der Generalanwalt Collins stellte am 16.03.2023 seine Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C 508/21 und C 509/21 vor und schlug darin dem Gerichtshof vor, ein vorangegangenes Urteil des EU-Gerichts aufzuheben. Dieses hatte 2021 eine Entscheidung der Kommission gekippt (C-508/21), mit der die Nichterhebung von Pfand auf Einweg-Getränkeverpackungen als zulässig gewertet wurde. Ein dänischer Wirtschaftsverband hatte damals bei der Europäischen Kommission eine Beschwerde eingereicht, weil er der Ansicht war, dass konkurrierende Getränkehändler in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern staatliche Beihilfen bekämen, indem es ihnen erlaubt war, von dänischen Kunden kein Dosenpfand zu verlangen. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass Deutschland keine staatliche Beihilfe gewährt hätte. Der Wirtschaftsverband hat diese Entscheidung angefochten und das Gericht der Europäischen Union hatte diese für nichtig erklärt, woraufhin die Kommission und ein Verband, der die Interessen der Geschäfte an der deutschen Grenze vertritt, gegen das Urteil des Gerichts Rechtsmittel beim Gerichtshof eingelegt hatten.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-509/21>

### **EuGH; Urteil zur Haftung der Hersteller von Fahrzeugen mit Abschaltvorrichtungen**

Am 21.03.2023 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-100/21, dass der Käufer oder die Käuferin eines Kraftfahrzeugs mit einer unzulässigen Abschaltvorrichtung gegen den Fahrzeughersteller einen Anspruch auf Schadensersatz habe, wenn diesem oder dieser durch diese Abschaltvorrichtung ein Schaden entstanden sei. Damit würden die Einzelinteressen des Käufers oder der Käuferin eines Kraftfahrzeugs gegenüber dem Hersteller geschützt. Der EuGH begründet sein Urteil damit, dass dieser oder diese mit der Übereinstimmungsbescheinigung die Bestätigung erhalte, dass das Fahrzeug rechtskonform produziert wurde. Dies sei ein Schutz vor Pflichtverletzungen des Herstellers, worunter auch die illegale Abschaltvorrichtung falle. Die Mitgliedstaaten müssten daher vorsehen, dass Käuferinnen und Käufer eines solchen Fahrzeugs gegen den Hersteller einen Anspruch auf Schadensersatz haben. Geklagt hatte zunächst eine Privatperson gegen die Mercedes-Benz Group, weil diese das von der Person erworbene Dieseldieselfahrzeug mit einer Software ausgerüstet habe, mit der die Abgasrückführung verringert wird, wenn die Außentemperaturen unter einem bestimmten Schwellenwert liegen. Diese Abschaltvorrichtung kann höhere Stickstoffdioxid (NO<sub>x</sub>)-Emissionen zur Folge haben als erlaubt sind.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?lgrec=fr&td=%3BALL&language=en&num=C-100/21&jur=C>

### **Kommission; Vorschlag zu Kriterien gegen Greenwashing und irreführende Umweltaussagen**

Am 22.03.2023 veröffentlichte die Kommission einen Vorschlag zu Kriterien gegen Greenwashing und irreführende Umweltaussagen. Dieser soll dafür sorgen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher größere Klarheit darüber haben, ob als umweltfreundlich deklarierte Produkte tatsächlich umweltfreundlich sind. Dies ist auch ein Vorteil für Unternehmen, die echte Anstrengungen zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit ihrer Produkte unternehmen und durch ein vertrauenswürdiges Label profitieren können. Eine Studie der Kommission aus dem Jahre 2020 zeigte, dass 53,3% der geprüften Umweltaussagen auf Produkten als vage, irreführend oder



### **Rat; Schlussfolgerungen zur Klima- und Energiediplomatie**

Am 09.03.2023 billigte der Rat der EU Schlussfolgerungen, in denen er die Klima- und Energiediplomatie der EU als zentralen Bestandteil der Außenpolitik der EU bezeichnete. Weiterhin wurde die Entschlossenheit der EU betont, mit ihren Partnern in aller Welt zusammenzuarbeiten, um das Übereinkommen von Paris umzusetzen, den weltweiten Temperaturanstieg auf 1,5°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen, die am stärksten gefährdeten Gruppen bei der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen und die gemeinsamen Finanzmittel für Klimamaßnahmen zu erhöhen. Des Weiteren bekräftigte er, die laufende globale Energiewende als entscheidendes Element für die Verwirklichung der Klimaneutralität zu unterstützen, zu intensivieren und zu beschleunigen. Mit diesen Schlussfolgerungen möchte der Rat die Richtung für das gemeinsame diplomatische Engagement der EU im Jahr 2023 vorgeben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/09/council-approves-conclusions-bolstering-climate-and-energy-diplomacy-in-a-critical-decade/>

### **Kommission; Jahresbericht über das europäische Schnellwarnsystem für Produktsicherheit**

Die Kommission veröffentlichte am 13.03.2023 ihren Jahresbericht über das Safety Gate, das europäische Schnellwarnsystem für Produktsicherheit. Der Bericht bezieht sich auf Warnmeldungen im Jahr 2022 sowie auf die Reaktionen der nationalen Behörden. Die 2022 am häufigsten gemeldeten Risiken waren Risiken im Zusammenhang mit chemischen Stoffen, Verletzungen und Ersticken. Auf der Liste der am häufigsten gemeldeten Produktkategorien steht Spielzeug ganz oben, gefolgt von Kraftfahrzeugen, Kosmetika, Bekleidung und Elektrogeräten. Der starke Anstieg der Warnmeldungen ausgelöst durch chemische Risiken ging unter anderem auf mehr Warnmeldungen bei Kosmetika zurück, betraf aber auch ein breites Spektrum von anderen Produkten. Beispielsweise wiesen bestimmte Spielzeuge eine übermäßige Phthalatkonzentration auf, was eine Gefahr für das Fortpflanzungssystem darstellt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_1608](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1608)

### **EP; Annahme der informellen Einigung zur Lastenteilungsverordnung**

Am 14.03.2023 stimmte das EP mit 486 gegen 132 Stimmen bei 10 Enthaltungen für die mit dem Rat erzielte Einigung zur Überarbeitung der Lastenteilungsverordnung (ESR). Diese legt für jeden EU-Mitgliedstaat verbindliche jährliche Reduktionen der Treibhausgasemissionen für die bisher nicht vom Emissionshandel abgedeckten Bereiche (Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, kleine Industrieanlagen und die Abfallwirtschaft) fest und regelt derzeit etwa 60% aller EU-Emissionen. Mit dieser Überarbeitung der Verordnung wird der Zielwert für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 auf EU-Ebene von 30% auf 40% gegenüber dem Stand von 2005 angehoben, wobei zum ersten Mal alle Mitgliedsstaaten ihre Treibhausgasemissionen reduzieren müssen, variierend zwischen 10 bis 50%. Die Werte pro Mitgliedstaat basieren auf dem Pro-Kopf-BIP und der Kostenwirksamkeit. Diese Verordnung war Teil des „Fit for 55“-Pakets und dient der Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230310IPR77227/climate-change-parliament-votes-to-reduce-member-states-emissions-by-40>

### **EP; Annahme der informellen Einigung zum Beitrag des Landsektors zum Klimaschutzziel**

Am 14.03.2023 stimmte das EP mit 479 Stimmen bei 97 Gegenstimmen und 43 Enthaltungen für die Überarbeitung der Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF), die darauf abzielt, die natürliche Kohlenstoffspeicherung zu verbessern, um die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Die Leistung des Bereichs Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft als Kohlenstoffsénke soll bis 2030 auf 310 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent erhöht werden, was etwa eine 15-%ige Steigerung im Vergleich zur aktuellen Situation bedeutet. Zum ersten Mal wurde der Grundsatz angenommen, dass alle Mitgliedstaaten (MS) ihre Kohlenstoffsénken vergrößern sollten, wobei für jeden MS ein verbindliches Ziel für 2030 festgelegt wurde. Das jeweilige Ziel wird auf der Grundlage der jüngst abgebauten und ausgestoßenen CO<sub>2</sub>-Mengen sowie ausgehend von dem Potenzial für eine weitere Erhöhung des Abbaus festgelegt. Die Mitgliedstaaten können bei der Erreichung der Ziele Flexibilitäten nutzen, einschließlich der Möglichkeit, überschüssige Emissionsrechte aus dem Bereich der Lastenteilung zu nutzen, oder überschüssige LULUCF-Gutschriften zu verwenden, die von anderen MS erzeugt und verkauft werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230310IPR77223/parliament-adopts-new-carbon-sinks-goal-that-increases-eu-2030-climate-ambition>

### **EP; Abstimmung über Marktstabilitätsreserve für das Emissionshandelssystem**

Das EP billigte am 14.03.2023 die Einigung zwischen Rat und Parlament zur Änderung des Beschlusses (EU) 2015/1814 in Bezug auf die Menge der Zertifikate, die bis 2030 in die Marktstabilitätsreserve für das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union einzustellen sind. Ziel des Vorschlags ist es, die derzeit verdoppelte Einstellungsrate von 24% und die Mindestmenge der in die Reserve einzustellenden Zertifikate von 200 Millionen bis zum 31.12.2030, dem Ende von Phase IV des EU-EHS, beizubehalten. Am 18.12.2022 wurde dazu eine Einigung im Trilog erzielt.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0067\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0067_DE.html)

### **Kommission; Konsultation EU-Verordnung über das Recycling von Schiffen**

Am 15.03.2023 eröffnete die Kommission eine Konsultation zur Bewertung der EU-Verordnung über das Recycling von Schiffen. Diese Verordnung soll die negativen Auswirkungen des Recyclings von Schiffen, die die EU-Flagge führen, deutlich verringern. Diese Bewertung dient dazu, die bisherige Wirksamkeit der Verordnung zu evaluieren und etwaige Mängel bei Anwendung und Durchsetzung zu ermitteln. Weiterhin soll evaluiert werden, wie effektiv die Verordnung für die Ziele des europäischen Grünen Deals und des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft ist. Die Konsultation endet am 07.06.2023.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13377-EU-Verordnung-uber-das-Recycling-von-Schiffen-Bewertung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13377-EU-Verordnung-uber-das-Recycling-von-Schiffen-Bewertung_de)

### **EuGH; Urteil zum Vertragsverletzung gegen BUL im Bereich der Luftverschmutzung**

Am 16.03.2023 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-174/21, dass die Klage der Kommission gegen BUL zur Festlegung von Strafzahlungen wegen Vertragsverletzung im Bereich der Luftverschmutzung unzulässig sei. Am 05.04.2017 hatte der EuGH geurteilt, dass BUL gegen die Verpflichtungen der Richtlinie „Luftqualität“ verstoßen hatte. Die Kommission hatte am 09.11.2018 ein Aufforderungsschreiben an BUL gerichtet, in dem sie feststellte, dass BUL noch immer nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hatte, um die vom Gerichtshof in seinem

Urteil aus dem Jahr 2017 festgestellten Vertragsverletzungen abzustellen und es aufgefordert hatte, sie bis zum 09.02.2019 über erzielte Fortschritte zu informieren. Da die Antworten von BUL die Kommission nicht zufriedengestellt hatten, hatte sie beim Gerichtshof eine Klage zur Festlegung von Strafzahlungen erhoben, da BUL dem Urteil nicht nachgekommen sei. Der EuGH urteilte nun, dass die Klage der Kommission unzulässig sei, da sich die Kommission in dem Ende 2018 an Bulgarien gerichteten Aufforderungsschreiben nicht mit der erforderlichen Klarheit darauf berufen habe, dass das Urteil des Gerichtshofs aus dem Jahr 2017, zum maßgeblichen Zeitraum noch durchgeführt werden musste. Sie habe sich zudem nicht mit Erfolg darauf berufen, dass die Republik BUL gegen die Verpflichtung verstoßen hat, die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus diesem Urteil ergeben. Die Klage sei deshalb unzulässig.  
<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&td=ALL&num=C-174/21>

### **Rat; Allgemeine Ausrichtung zur Überarbeitung der EU-Vorgaben für Industrieemissionen**

Der Umweltrat hat am 16.03.2023 seine Verhandlungsposition ("allgemeine Ausrichtung") zum Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über Industrieemissionen (IED) festgelegt. Die neuen Vorschriften sollen einen besseren Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt bieten, indem schädliche Emissionen aus Industrieanlagen und Intensivtierhaltungsbetrieben in die Luft, in das Wasser und durch Ableitungen verringert werden. Die Ministerinnen und Minister beschlossen unter anderem den Schwellenwert, ab dem Tierhaltungsbetriebe unter die Regelungen fallen, deutlich zu erhöhen. Dieser Punkt wurde zuvor von den Mitgliedsstaaten besonders kritisch gesehen.  
<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/env/2023/03/16/>

### **Kommission; Bericht über Dürren in Europa**

Die Kommission veröffentlichte am 20.03.2023 einen Bericht über Dürren in Europa. Dieser zeigt, dass die meisten Länder im Süden und Westen der Europäischen Union von einer beginnenden Dürre betroffen sind und die Sorgen um die Wasserversorgung, die Landwirtschaft und die Energieerzeugung zunehmen. Aufgrund eines außergewöhnlich trockenen und warmen Winters weisen die Bodenfeuchtigkeit und die Wasserführung der Flüsse bereits erhebliche Anomalien auf, insbesondere in FRA, ESP und Nord-ITL. In der Alpenregion war die Schneeakkumulation weit unterdurchschnittlich. Der Bericht besagt weiterhin, dass die Niederschläge der nächsten Wochen entscheidend dafür sein werden, wie sich die aktuelle Dürre und ihre Auswirkungen entwickeln werden. Europa und der Mittelmeerraum könnten in diesem Jahr einen extremen Sommer erleben, der dem des Jahres 2022 ähnelt. Daher empfiehlt der Bericht eine genaue Überwachung und angemessene Wassernutzung sowie die Umsetzung gezielter sektoraler Anpassungsstrategien und eine verstärkte Zusammenarbeit.  
<https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC133025>

### **Kommission; Bericht über die Umsetzung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen**

Die Kommission veröffentlichte am 20.03.2023 einen Bericht über die Umsetzung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen für den Zeitraum 2016 bis 2019. In diesem Bericht werden zwei wichtige Trends deutlich: Obwohl die Menge der gemeldeten Abfälle während des gesamten Berichtszeitraums stabil blieb, hat sich die Gesamtmenge der innerhalb und außerhalb der EU verbrachten gefährlichen Abfälle von 3,9 Mio. Tonnen im Jahr 2001 auf 8,1 Mio. Tonnen im Jahr 2019 mehr als verdoppelt, ein Großteil davon in der EU. Dem zweiten Trend nach nimmt die Menge der illegalen Verbringungen zu, die bei den Inspektionen der Mitgliedstaaten

aufgedeckt werden. Der Bericht bestätigt die Schlussfolgerungen der Bewertung der aktuellen Verordnung, die die Kommission im Januar 2020 veröffentlicht hat und die zu einem Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der aktuellen Vorschriften für die Verbringung von Abfällen führte. Dieser Vorschlag wurde im November 2021 vorgelegt.

[https://environment.ec.europa.eu/news/waste-shipment-regulation-report-2023-03-20\\_de](https://environment.ec.europa.eu/news/waste-shipment-regulation-report-2023-03-20_de)

### **Kommission; Konsultation zu den Vorschriften für die Aus- und Einfuhr von gefährlichen Chemikalien**

Die Kommission stellt vom 20.03.2023 bis zum 17.04.2023 den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Konsultation. Mit dieser Initiative sollen zwei Listen von Chemikalien in der Verordnung aktualisiert werden. Dazu gehören Chemikalien, die Ausfuhrbeschränkungen unterliegen sowie Chemikalien, die nicht ausgeführt werden dürfen. Die entsprechende Verordnung Nr. 649/2012 regelt die Umsetzung der Vorschriften für den internationalen Handel mit gefährlichen Chemikalien. Sie zielt darauf ab, unerwünschte Einfuhren zu verhindern und sicherzustellen, dass bei der Ausfuhr gefährlicher Chemikalien stets Informationen über Gefahren, Risiken und sichere Handhabung bereitgestellt werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13595-Gefahrliche-Chemikalien-Vorschriften-fur-die-Aus-und-Einfuhr-aktualisierte-Chemikalienlisten- de>

### **EuGH; Urteil zu Regeln zu entzündlichen Kältemitteln in öffentlichen Einrichtungen**

Am 23.03.2023 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-653/21, dass Mitgliedstaaten an Druckgeräte, die mit der CE-Kennzeichnung versehen sind, keine zusätzlichen Anforderungen stellen dürften, die über die in Richtlinie 2014/68 festgelegten Anforderungen hinausgingen, um diese Geräte auf dem nationalen Markt bereitzustellen. Das Unionsrecht stünde einer nationalen Regelung entgegen, die Anforderungen für entzündbare Kältemittel verwendende Druckgeräte stellen, die nicht zu den in den Richtlinien vorgesehenen grundlegenden Sicherheitsanforderungen für Druckgeräte gehören. Geklagt hatte der Verband Syndicat Uniclimate beim französischen Staatsrat, nachdem der französische Innenminister 2019 einen Erlass zum Schutz von Brand- und Panikrisiko geändert hatte, sodass unter bestimmten Sicherheitsanforderungen die Verwendung von Geräten mit entzündlichen Kältemitteln (z.B. Kühlschränke oder Klimaanlage) in öffentlichen Einrichtungen zuzulassen sind, die zuvor verboten waren.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&jur=C%2CT%2CF&num=C-653/21&parties=&dates=error&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&alldocrec=alldocrec&docdecision=docdecision&docor=docor&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoor=docnoor&docppoag=docppoag&radtypeord=on&newform=newform&docj=docj&docop=docop&docnoj=docnoj&typeord=ALL&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Rechercher>

### **EuRH; Bericht des EuRH zu Interessenkonflikten bei Agrar- und Regionalförderung**

Am 13.03.2023 veröffentlichte der EuRH den Sonderbericht 06/2023 über Interessenkonflikte bei den Kohäsions- und Agrarausgaben der EU. Der EuRH kommt zu dem Schluss, dass trotz des Regelwerks zur Vermeidung und Behandlung von Interessenkonflikten bei der Verwendung von EU-Geldern noch Lücken in Bezug auf die Förderung von Transparenz und die Erkennung von Risikosituationen bestehen würden. Besonders solle die Meldung von Fällen verbessert werden, um einen klaren Überblick über die von Interessenkonflikten betroffenen Beträge zu erhalten.

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR-2023-06/INSR-2023-06\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR-2023-06/INSR-2023-06_DE.pdf)

### **Kommission; Konsultation zur Änderung der an das Gemeinschaftliche Sortenamt zu entrichtenden Gebühren**

Die Kommission veröffentlichte am 13.03.2023 eine Konsultation zum Entwurf der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1238/95 im Hinblick auf die an das Gemeinschaftliche Sortenamt zu entrichtenden Gebühren. Die Konsultationsfrist endet am 19.04.2023.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13776-EU-Sortenschutz-Aenderung-der-an-das-Gemeinschaftliche-Sortenamt-zu-entrichtenden-Gebuehren\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13776-EU-Sortenschutz-Aenderung-der-an-das-Gemeinschaftliche-Sortenamt-zu-entrichtenden-Gebuehren_de)

### **Kommission; Bewerbungen für die kommende EU-Düngemittelmarktbeobachtungsstelle**

Die Kommission veröffentlichte am 16.03.2023 die Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen für die kommende EU-Düngemittelmarktbeobachtungsstelle, damit die Expertengruppe noch vor dem Sommer 2023 offiziell ihre Arbeit aufnehmen kann. Die Aufforderung läuft bis zum 04.04.2023. Diese neue Beobachtungsstelle soll nach dem Vorbild der Marktbeobachtungsstellen eingerichtet werden, die es bereits für verschiedene landwirtschaftliche Sektoren gibt, beispielsweise für Milch oder Kulturpflanzen. Organisationen, die Interessengruppen aus mindestens 10 EU-Mitgliedstaaten vertreten und in der EU in der Düngemittelversorgungskette tätig sind, werden aufgefordert, sich zu bewerben. Damit verfolgt die Kommission das Ziel, mittel- und langfristig den Einsatz von Düngemitteln zu optimieren und mineralische Düngemittel, wann immer möglich, durch organische Düngemittel zu ersetzen.

[https://agriculture.ec.europa.eu/news/commission-calls-applications-join-upcoming-eu-fertilisers-market-observatory-2023-03-16\\_de](https://agriculture.ec.europa.eu/news/commission-calls-applications-join-upcoming-eu-fertilisers-market-observatory-2023-03-16_de)

### **EuGH; Ungültigerklärung einer Bestimmung zum Sortenschutz**

Am 16.03.2023 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-522/21, dass die Bestimmung einer Durchführungsverordnung der Kommission, die einen auf der Grundlage der vierfachen Lizenzgebühr berechneten Mindestpauschalbetrag als Ersatz des dem Sortenschutzinhabers entstandenen Schadens für eine wiederholte vorsätzliche Verletzung der Pflicht zur Zahlung einer angemessenen Entschädigung vorsieht, ungültig sei. Das begründet der EuGH u.a. damit, dass der Mindestpauschalbetrag in der in der Bestimmung festgelegten Form nicht berechnet werden könne. Weiterhin verstoße die Einführung eines Mindestpauschalbetrags für den Ersatz des dem Sortenschutzinhaber entstandenen Schadens gegen dessen Pflicht, den Umfang des erlittenen Schadens nachzuweisen. Letztendlich begründet der EuGH die Ungültigerklärung der Bestimmung damit, dass diese gegen das unionsrechtliche Verbot einer Verurteilung zu Strafschadensersatz verstoße. Geklagt hatte STV, eine

Vereinigung von Sortenschutzinhabern geschützter Pflanzensorten, die vor den deutschen Gerichten Schadensersatz von einem Landwirt forderten, der ohne Genehmigung Nachbau bezüglich der geschützten Wintergerstensorte KWS Meridian betrieben hatte.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&td=ALL&num=C-522/21>

### **Kommission; Leitlinien für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor**

Die Kommission nahm am 17.03.2023 überarbeitete Leitlinien für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor an. Diese legen die Bedingungen fest, unter denen staatliche Beihilfen, die von den Mitgliedstaaten zur Unterstützung des Fischerei- und Aquakultursektors gewährt werden, als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden können. Zu den wesentlichen Änderungen gehören die Erweiterung des Anwendungsbereichs auf Maßnahmen zur Bekämpfung von Tierseuchen in der Aquakultur und neue Beihilfekategorien wie Beihilfen für Flotten- und Stilllegungsmaßnahmen und Beihilfen für Investitionen in Ausrüstungen, die zur Sicherheit von Fischereifahrzeugen in den Gebieten in äußerster Randlage der Union beitragen. Die neuen Leitlinien wurden von der Kommission im Dezember 2022 gebilligt und werden ab dem 01.04.2023 anwendbar sein.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex\\_23\\_1721](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_1721)

### **Rat; Ministerrat für Landwirtschaft**

Am 20.03.2023 führte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei u.a einen ersten Gedankenaustausch über das neue Maßnahmenpaket der Kommission, das am 21.02.2023 veröffentlicht wurde, welches die Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit des Fischerei- und Aquakultursektors der EU verbessern soll. Die Mitgliedsstaaten diskutierten dabei besonders die Frage der Ernährungssicherheit sowie die angemessene Finanzierung der von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen. Weiterhin diskutierten die Ministerinnen und Minister die Marktsituation für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Zu den Themen gehörten die Auswirkungen des Angriffskriegs auf Agrarimporte aus der Ukraine, die anhaltend hohen Preise für Betriebsmittel und die möglichen Folgen des jüngsten Urteils des Europäischen Gerichtshofs zur Verwendung von Neonicotinoiden. Des Weiteren erörterten die Ministerinnen und Minister die aktuelle Lage auf den internationalen Agrarmärkten und konzentrierten sich dabei auf die neuesten Daten zu Ein- und Ausfuhren, die Beziehungen zu den wichtigsten Handelspartnern und die laufenden Verhandlungen über Handelsabkommen. Schlussendlich billigte der Rat Schlussfolgerungen, in denen er seine Prioritäten für die Arbeit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) darlegt, wobei der Schwerpunkt darauf liegt, den Übergang zu einem nachhaltigen Ernährungssystem voranzutreiben und Ernährungssicherheit für alle zu erreichen. Außerdem wurde der Rat u.a. über die land- und forstwirtschaftlichen Aspekte des Gesetzes zur Wiederherstellung der Natur und die Mitteilung der Kommission über ein neues Abkommen für Bestäuber informiert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2023/03/20/>

### **Kommission; Konsultation zum Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch**

Die Kommission veröffentlichte am 22.03.2023 eine Konsultation zu dem Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Gewährung einer Unionsbeihilfe für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen. Hintergrund der Konsultation ist, dass die Vorschriften für die Beihilfezahlung und die im Rahmen des Programms durchzuführenden Kontrollen geändert werden sollen. Die Konsultationsfrist endet am 19.04.2023.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13616-Schulprogramm-fur-Obst-Gemuse-und-Milch-geanderte-Vorschriften-fur-die-Beihilfezahlung- de>

Justiz

### **Rat; Schutz des Zivilgesellschaftlichen Raums**

Der Rat hat am 10.03.2023 Schlussfolgerungen zur Relevanz des zivilgesellschaftlichen Raums für die Vereinigungsfreiheit und den Erhalt einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft gebilligt. Zugrunde gelegt wurde diesen Schlussfolgerungen der Jahresbericht der Kommission über die Anwendung der Europäischen Grundrechtecharta (GrCh) für das Jahr 2022. In diesem Zuge hat der Rat die Mitgliedstaaten dazu angehalten, ein günstiges Umfeld zur Entwicklung der Zivilgesellschaft durch aktives Handeln zu schützen und zu fördern sowie von willkürlichen oder nicht unbedingt erforderlichen Beschränkungen abzusehen. Insbesondere verwies er dabei auf die willkürfreie finanzielle Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zudem hat er die Kommission angehalten, die Teilnahmebedingungen für eigene Förderprogramme zu vereinfachen und zivilgesellschaftliche Organisationen stärker in den politischen Diskurs einzubinden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7388-2023-INIT/de/pdf>

### **EuStA; Jahresbericht 2022 veröffentlicht**

Am 16.03.2023 hat die Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA) ihren Jahresbericht für das Jahr 2022 veröffentlicht. Es ist der erste vollständige Jahresbericht der EuStA seit ihrem Bestehen (01.06.2021). Erfasst wird durch den Bericht die Zusammenarbeit mit den Justizsystemen von 22 der 27 Mitgliedstaaten (MS) im Bereich der grenzüberschreitenden und nationalen Finanzkriminalität. Allein in DEU seien im letzten Jahr 79 Ermittlungsverfahren eröffnet worden, der dem Staat entstandene Schaden werde auf 1,2 Mrd. EUR geschätzt. Zudem seien bereits drei Verurteilungen erreicht worden. Verfolgt worden seien v.a. Aktivitäten im Rahmen von EU-Ausgabenbetrug, Mehrwertsteuerbetrug und Geldwäsche. Im Vergleich zu anderen MS seien Korruption und Veruntreuung im öffentlichen Sektor in DEU kaum vorhanden.

[https://www.eppo.europa.eu/sites/default/files/2023-02/EPPO\\_2022\\_Annual\\_Report\\_EN\\_WEB.pdf](https://www.eppo.europa.eu/sites/default/files/2023-02/EPPO_2022_Annual_Report_EN_WEB.pdf)

### **EuGH; Keine Kostenerstattung für Ermöglichung elektronischer Überwachung**

Am 16.03.2023 hat der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-339/21 verkündet. Darin entschied er, dass Telekommunikationsbetreiber durch Justizbehörden verpflichtet werden könnten gegen die Zahlung von Pauschalsätzen Überwachungsleistungen im Fernmeldeverkehr zu erbringen, ohne dass dabei die tatsächlich entstandenen Kosten ersetzt würden. Hinsichtlich einer solchen Kostenerstattung trafe das Unionsrecht keine konkrete Regelung. Den Mitgliedstaaten käme bei der Ausgestaltung im Rahmen der Umsetzung des EU-Kodex für die elektronische Kommunikation somit ein Ermessensspielraum zu. Diese könne auch Bedingungen wie Bereitstellung von Überwachungsleistungen zu bestimmten Basissätzen beinhalten, solange diese auf nichtdiskriminierende, verhältnismäßige und transparente Weise festgelegt würden.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-03/cp230048de.pdf>

## **EP; Justizausschuss unterstützt härtere Strafen für Umweldelikte**

Am 21.03.2023 hat der Justizausschuss (JURI) des EP einem Kommissionsentwurf zugestimmt, der die Erweiterung des europäischen Umweltstrafrechts um neue Straftatbestände vorsieht. Ziel des Gesetzgebungsvorschlages ist es, die umfangreiche Umweltkriminalität in der EU durch Vereinheitlichung der nationalen Regelungen weiter einzudämmen. Dabei soll auch das umweltrechtliche Verursacherprinzip durch die Verschärfung von Geld- und Freiheitsstrafen sowie den dauerhaften Entzug umweltrechtlicher Genehmigungen oder die Durchsetzung von Ausgleichspflichten stärker zur Geltung kommen. Zudem sollen Meldemöglichkeiten für anonyme Whistleblower geschaffen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Justizbehörden gestärkt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230320IPR77894/meps-support-strict-sanctions-for-environmental-crimes>

I n n e r e s

## **EU-LISA; Kürzliche Anpassungen des Schengener Informationssystems**

Am 08.03.2023 hat Stephan Brandes, Leiter der Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen (eu-LISA), die Inbetriebnahme des erweiterten Schengener Informationssystems (SIS) bekanntgegeben. Die umfassenden Erneuerungen seien das Ergebnis der Verbesserungsarbeit durch eu-LISA seit der Übernahme des SIS 2013. Diese wurden den Justiz- und Grenzschutzbehörden der Mitgliedstaaten (MS) sowie denen einiger Partnerstaaten am 07.03.2023 zugänglich gemacht. Neue biometrische Erkennungssysteme sollen dabei der verbesserten Kontrolle von Personen dienen. Zudem sei die Datenerfassung umfassender gestaltet worden. Darüber hinaus werde ein zusätzlicher Datenaustausch zwischen den Behörden der MS, dem Europäischen Polizeiamt (Europol) und der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) ermöglicht. Hehlerei, Menschenhandel und irregulärer Migration will man so künftig effektiver bekämpfen.

<https://www.eulisa.europa.eu/Newsroom/News/Pages/Enhanced-SIS-launched-today.aspx>

## **Kommission; Konzept für integriertes europäisches Grenzmanagement und erleichterte Rückführungen vorgestellt**

Im Nachgang zum JI-Ratstreffen hat die Europäische Kommission am 14.03.2023 eine Mitteilung über den ersten mehrjährigen strategischen Politikzyklus für ein integriertes europäisches Grenzmanagement (EIBM) sowie eine Empfehlung mit Leitlinien für die Umsetzung der gegenseitigen Anerkennung von Rückkehrentscheidungen veröffentlicht. Im Kern greift die Kommission bereits formulierte Forderungen wie jene nach der Optimierung des Schutzes der EU-Außengrenzen und nach einem effektiveren EU-Rückführungssystem auf. Neuerungen sind indes der beabsichtigte Einsatz des Schengener Informationssystem (SIS) im Kontext von Rückführungen sowie die Entwicklung eines EU-weiten IT-Fallbearbeitungssystem für Rückführungen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX%3A52023DC0146>

[https://home-affairs.ec.europa.eu/commission-recommendation-mutual-recognition-returns-decisions-and-expediting-returns\\_en](https://home-affairs.ec.europa.eu/commission-recommendation-mutual-recognition-returns-decisions-and-expediting-returns_en)

## **EP; Regelungen für Datenaustausch bei polizeilicher Zusammenarbeit**

Am 15.03.2023 hat das EP mit 507 Stimmen zu 99 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen die Richtlinie zum Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden

endgültig angenommen. Die Verhandlungsführer des Parlaments und des Rates hatten im November 2022 eine politische Einigung über die neuen Regeln erzielt. Die Kommission hatte diese Richtlinie am 08.12.2021 als Teil des neuen EU-Kodex für polizeiliche Zusammenarbeit vorgelegt. Der Vorschlag zielt darauf ab, Hürden zu beseitigen, die einer effizienten Zusammenarbeit und dem Informationsaustausch zwischen den Ermittlungsbehörden der Mitgliedstaaten (MS) noch im Wege stehen. Er sieht vor, dass Strafverfolgungsbehörden in anderen MS zu den gleichen Bedingungen Zugang zu Informationen erhalten wie in nationalen Fällen. Der Informationsfluss soll über sog. „Single Points of Contact“ in den MS stattfinden, die rund um die Uhr arbeiten. Als Kommunikationskanal ist die „Secure Information Exchange Network Application“ (SIENA) von Europol vorgesehen. Der Rat muss der Richtlinie noch formal zustimmen. Die MS haben nach dieser Zustimmung 12 Monate Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230315IPR77510/police-cooperation-meps-approve-information-exchange-rules>

### **Europol; Geldwäscheplattform für Kryptowährungen abgeschaltet**

Am 15.03.2023 haben das deutsche Bundeskriminalamt (BKA) und die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt mit Unterstützung des Europäischen Polizeiamts (Europol) sowie Behörden aus den USA, der Schweiz, BEL und POL die Geldwäscheplattform ChipMixer abgeschaltet und ihre Server mitsamt Bitcoin im Wert von 44,2 Mio. EUR sowie 7 TB Daten beschlagnahmt. Die 2017 erstellte Plattform sei dazu verwendet worden, die Rückverfolgbarkeit von Kryptowährung, die durch illegale Aktivität erlangt wurde, durch kleinteilige Umtauschverfahren unmöglich zu machen.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/one-of-darkwebs-largest-cryptocurrency-laundromats-washed-out>

### **EP; Neue eID-Richtlinie für Digital Wallet**

Das EP hat am 16.03.2022 Verhandlungen mit dem Rat zur Verabschiedung einer neuen eID-Richtlinie zugestimmt. Die Regelung soll allen Unionsbürgern digitalen Zugang zu persönlichen Dokumenten (z.B. Führerschein, Geburtsurkunde, Personalausweis) auf ihrem mobilen Endgerät ermöglichen. Damit sollen bestehende nationale Regelungen vereinheitlicht und eine Alternative zu privaten Diensten geschaffen werden. Ziel ist es, Unionsbürgern mehr Sicherheit und Entscheidungsfreiheit bzgl. ihrer persönlichen Daten zu gewähren. Zudem sollen bestehende Identitätsprüfungen für private und öffentl. Leistungen so digitalisiert und damit vereinfacht werden. Der digitale Nachweis soll auf dem gesamten Gebiet der EU anerkannt sein.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230315IPR77508/parliament-ready-to-negotiate-with-council-for-an-eu-wide-digital-wallet>

### **EuGH; Schufa-Scoring-Verfahren steht auf der Kippe**

Der Generalanwalt am EuGH Priit Pikamäe (EST) hat am 16.03.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-634/21 SCHUFA Holding u.a. (Scoring) sowie in den verbundenen Rechtssachen C-26/22 und C-64/22 SCHUFA Holding u.a. (Restschuldbefreiung) vorgelegt. Im Hinblick auf das Scoring-Verfahren der Schufa vertritt der Generalanwalt die Auffassung, dass die von der Schufa errechneten Wahrscheinlichkeitswerte (sog. "Scores") über die Bonität eines Verbrauchers nicht mit der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) vereinbar sind. In der DS-GVO sei das Recht der betroffenen Person verankert, nicht einer ausschließlich auf automatisierter Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden. Das Scoring-Verfahren der Schufa missachte dieses Recht. Bzgl. der Speicherung von Informationen über eine Restschuldbefreiung durch die

Schufa ist der Generalanwalt der Ansicht, dass diese gleichfalls rechtswidrig ist. Es bestehe Anspruch auf Löschung. Ziel der Restschuldbefreiung sei, dass sich die Betroffenen wieder am Wirtschaftsleben beteiligen könnten.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-634/21>

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-26/22>

### **Kommission; Pilotprojekt zum effizienteren Außengrenzschutz in ROM**

Die Kommission hat am 17.03.2023 ein Pilotprojekt zur Effektivierung des Außengrenzmanagements in ROM vorgestellt. Das Projekt soll zu effizienteren Grenzkontrollen sowie beschleunigten Asyl- und Rückführungsverfahren beitragen. Ziel ist auch, dass ROM Verwaltungsreformen umsetzt. Hierbei werde der Mitgliedstaat durch operative, technische und finanzielle Mittel der Kommission, der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex), des Europäischen Polizeiamts (Europol) und der EU-Asylagentur (EUAA) unterstützt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement\\_23\\_1724](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_23_1724)

### **Kommission; Verbesserung der Bedingungen für Flüchtlinge in Libyen**

Am 20.03.2023 hat eine Task Force von EU, Afrikanischer Union (AU) und Vereinten Nationen (UN) in Brüssel getagt, um an der Verbesserung der Bedingungen für Flüchtlinge in Libyen zu arbeiten. Die Task Force erklärte, die libyschen Behörden bei der Schaffung nichtdiskriminierender Rahmendbedingungen zur Unterstützung und Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen zu wollen. Gleiches gelte für die Bekämpfung von Schleuserkriminalität sowie damit verbundenem Menschenhandel. Jedoch sei Libyen dazu anzuhalten von der Inhaftierung irregulärer Migranten abzusehen und stattdessen die freiwillige Rückkehr ins Herkunftsland anzuregen sowie eine Erstregistrierung von Arbeitsmigranten vorzunehmen. Oberste Priorität sei stets die Menschenrechte auch auf den Migrationsrouten zu wahren.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_23\\_1798](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_1798)

## Bildung und Kultur

### **Kommission; Konferenz zur Zukunft Europas – Folgemaßnahmen: drittes Bürgerforum zum Thema Lernmobilität**

Die Kommission eröffnete am 03.03.2023 ein neues Bürgerforum zum Thema Lernmobilität. 150 Bürgerinnen und Bürger (1/3 davon junge Menschen) aus den 27 EU-Ländern, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden, haben gemeinsam überlegt, wie Lernmobilität allen in der EU zugänglich gemacht werden könnte. Aus der Debatte heraus sollen Empfehlungen zur Lernmobilität gegeben werden, etwa zu der Notwendigkeit, Menschen mit geringeren Chancen und eingeschränkter Mobilität einzubeziehen, zur umweltfreundlichen Gestaltung der Mobilität sowie zur bestmöglichen Nutzung der Digitalisierung. Zusätzlich zu diesem Bürgerforum hat die Kommission seit dem 08.02.2023 eine öffentliche Konsultation angestoßen, in der die Öffentlichkeit und alle Interessenträger ihre Meinung zu diesem Thema äußern können. Beiträge auf dem Portal „Ihre Meinung zählt“ sind bis zum 03.05.2023 möglich.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_1289](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1289)

### **Kommission; Webseite des European Media Ownership Monitor gestartet**

Die Kommission hat am 13.03.2023 mitgeteilt, dass der European Media Ownership Monitor nun über eine eigene Website verfügt. Der European Media Ownership Monitor (EurOMo) ist ein von der Kommission mitfinanziertes Pilotprojekt eines Konsortiums von Universitäten und Forschungseinrichtungen unter Leitung der Universität Salzburg (AUT), das zur Umsetzung des EU-Aktionsplans Demokratie im Medienbereich beitragen soll. Er überwacht derzeit die Transparenz der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich in 15 Mitgliedstaaten, u.a. in DEU. Das Projekt soll schrittweise auf die gesamte EU ausgeweitet werden. Der EurOMo bietet eine Datenbank mit Informationen über Eigentum und Kontrolle der wichtigsten Nachrichtenmedien in diesen Ländern und veröffentlicht Länderberichte, in denen er die Transparenz hinsichtlich dieser Informationen analysiert. Die Stichproben umfassen sowohl nationale als auch regionale Medien. Alle Daten werden aus öffentlich zugänglichen Quellen erhoben.

<https://media-ownership.eu/>

## EU – Förderprogramme

### **Kommission; Bewerbungsrunde für 35.000 DiscoverEU-Reisetickets gestartet**

Am 15.03.2023 startete die Kommission die Bewerbungsrunde für 35.000 DiscoverEU-Reisetickets. Die Anmeldung erfolgt über das Europäische Jugendportal. Dort müssen fünf Quizfragen sowie eine Stichfrage beantwortet werden. Wer zwischen dem 01.07.2004 und dem 30.06.2005 geboren ist und beim Auswahlquiz erfolgreich war, kann zwischen dem 15.06.2023 und dem 30.09.2024 für maximal 30 Tage durch Europa reisen. Bewerben können sich junge Menschen aus der EU und den mit Erasmus+ assoziierten Drittländern Island, Liechtenstein, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien und der Türkei. Bewerbungen sind bis zum 29.03.2023, 12.00 Uhr, möglich.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_23\\_1643](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_1643)

## Veranstaltungen

### **Staatsministerin Puttrich zu Gesprächen am EuGH**

Am 09.03.2023 besuchte Frau Staatsministerin Puttrich den EuGH in Luxemburg. Dort traf die Ministerin mit dem Präsidenten des Gerichtshofs Koen Lenaerts, dem deutschen EuGH-Richter Prof. Dr. Thomas von Danwitz sowie der deutschen Generalanwältin Frau Prof. Dr. Juliane Kokott zusammen. Außerdem führte Frau Staatsministerin Gespräche mit den beiden deutschen Richtern am Gericht der Europäischen Union (EuG), Frau Dr. Gabriele Steinfatt und Herrn Johannes Laitenberger. Im Mittelpunkt der Gespräche standen v.a. Fragen der EU-Migrationspolitik, die veränderten Arbeitsbedingungen während der Corona-Pandemie, die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Europa, die Debatte rund um eine Erweiterung der EU und die Umsetzung von Reformideen rund um Gerichtshof und Gericht.

## **Hessischer Jahresempfang in LUX**

Die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich hat am 09.03.2023 die deutschen Angehörigen der in LUX ansässigen Europäischen Institutionen zum Hessischen Jahresempfang eingeladen. In ihrer Begrüßung brachte Ministerin Puttrich zunächst ihre Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten der Institutionen am Standort Luxemburg zum Ausdruck. Die Herausforderungen, mit denen sich die EU konfrontiert sähe, seien sehr groß. Exemplarisch ging die Europaministerin auf die Integration des Westbalkans, die Migrations- und Fluchtbewegungen sowie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ein. Mit Blick auf die EU-Erweiterungspolitik unterstrich die Ministerin, dass Europa mehr sei als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Es gelte den Charakter als Union der Werte und des Rechts zu bewahren und gleichzeitig konstruktiv um einen gemeinsamen Nenner der Mitgliedstaaten zu ringen. Der deutsche Botschafter in LUX, Ullrich Wilhelm Klöckner, pflichtete der Ministerin bei und betonte die Notwendigkeit angesichts von Krisen und Konflikten einer einheitlichen europäischen Stimme. Der Antici der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU, Christian Baukhage, betonte abschließend die Notwendigkeit eines engen Austauschs und Miteinanders der Standorte Brüssel und LUX.

## **Gespräche von Staatsministerin Lucia Puttrich am 14.03.2023 in Straßburg**

Am 14.03.2023 sprach Staatsministerin Lucia Puttrich im Europäischen Parlament in Straßburg mit den hessischen MdEP Vizepräsidentin Nicola Beer (RN/DEU), MdEP Engin Eroglu (RN/DEU), MdEP Michael Gahler (EVP/DEU), MdEP Martin Häusling (GRÜNE/DEU) und MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU) u.a. über die Themen AMLA und deutsche Bewerbung für den AMLA-Sitz, Energieeffizienz für Gebäude und Medienfreiheitsgesetz. Im Mittelpunkt des Gespräches mit der Ausschussvorsitzenden für Kultur und Bildung MdEP Sabine Verheyen (EVP/DEU) standen die Themen sexueller Missbrauch von Kindern online („Chatkontrolle“) und Medienfreiheitsgesetz. Das Gespräch mit MdEP Daniel Caspary (EVP/DEU), dem Vorsitzenden der CDU/CSU Gruppe im EP, drehte sich im Wesentlichen um Handelspolitik und das Thema sexueller Missbrauch von Kindern online („Chatkontrolle“). Der Schwerpunkt des Gesprächs mit MdEP Markus Ferber (EVP/DEU) lag auf den Themen AMLA, deutscher Bewerbung für den AMLA-Sitz, Verfahrensfragen bezüglich der Beteiligung des EP bei der AMLA-Standortfrage und Fragen der EU-Finanzdienstleistungspolitik. In allen übrigen Gesprächen mit den Abgeordneten werden ebenfalls Verfahrensfragen zur Beteiligung des EP bei der AMLA-Standortfrage und dem AMLA-Bewerbung Frankfurts angesprochen. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit MdEP Bernd Lange (S&D/DEU), dem Vorsitzenden des Handelsausschusses und der Konferenz der Ausschussvorsitzenden standen die Themen Handelspolitik und Brexit-Nordirland. Zum Abschluss der Gespräche nahm Staatsministerin Lucia Puttrich an einem Meinungsaustausch der EVP-Fraktion mit der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Rahmen einer Fraktionssitzung teil.

## **Veranstaltung zu Schlössern und Gärten Hessens mit bedeutender Historie**

Am 15.03.2022 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel die Abendveranstaltung „Schlösser und Gärten im Fokus – Geschichtsorte im Herzen Europas“ statt, zu der die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich und die Direktorin der Staatlichen Schlösser und Gärten Hessen Kirsten Worms eingeladen hatten. In seiner Einführung nahm Europastaatssekretär Uwe Becker Bezug auf den großen Schatz an hessischen Schlössern und Parkanlagen. Dieses historisch und kulturell große Erbe umfasse stolze 48 Anlagen, hob Becker hervor, die wir mit Fug und Recht als Juwelen bezeichnen dürfen. Kirsten Worms betonte in ihrem Vortrag die Mannigfaltigkeit dieses historisch bedeutenden Erbes mit 2000 Jahren bewegender Geschichte in Hessen.

Das Schloss in Bad Homburg vor der Höhe und der Schlosspark zeichnen sich durch eine Besonderheit aus: als authentisches Zeugnis der Wohnkultur der letzten deutschen Kaiser und Kaiserinnen sind die historischen Appartements einzigartig in Deutschland. Mit Blick auf das karolingische Erbe verwies Frau Worms auf das UNESCO Welterbe Kloster Lorsch, das erste hessische bei der UNESCO eingetragene Kulturerbe. Ein weiteres Highlight: das romantische Erbe im Brentano-Haus in Oestrich-Winkel, das nicht nur die Gebrüder Grimm, sondern auch Goethe zu seinen Gästen zählte. In der anschließenden Diskussionsrunde mit Kulturhistorikerin Dr. Eva Bambach erklärte Kirsten Worms die Bemühungen der SG in punkto Vermittlungsarbeit und Wissenstransfer, u.a. für die jüngere Generation. Worms richtete auch den Blick in die Gegenwart. Der Klimawandel mache nicht vor den Schlössern und Gärten halt. Allein in Wilhelmsbad habe man rund 350 Bäume verloren. Abschließend führte der hessische Fotograf Michael Leukel die Gäste in seine farbenfrohen und kontrastreichen Foto-Motive ein, die er in den vergangenen Jahren von den Schlössern und Gärten Hessens aufgenommen hat. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion gab es die Gelegenheit, die in der Landesvertretung präsentierte Ausstellung der Fotografien Leukels zu besichtigen.

### **Veranstaltung Präsentation des Buches „Immobilien in Belgien“**

Am 16.03.2023 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU eine Präsentation des Buches „Immobilien in Belgien“ statt. Der Ministerpräsident der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens Oliver Paasch, skizzierte in seinem Grußwort unter anderem den Aufbau des belgischen Staates. BEL bestehe aus mehreren Bundesländern, die viele Kompetenzen hätten. So seien belgische Bundesländer im Vergleich zu deutschen unter anderem zuständig für Außenpolitik und könnten daraus folgend auch völkerrechtliche Verträge abschließen, was das deutschsprachige Ostbelgien auch regelmäßig tue. Die Autoren des Buches, die Notare Christoph Weling und Elodie Lilien, stellten in ihren Vorträgen die Grundzüge des belgischen Immobiliarsachenrechts dar und zeigten die Unterschiede zum deutschen Recht auf. Besonders für Menschen, die in Ostbelgien oder in Brüssel leben und vielfach Bezug zum deutschen Recht hätten, sei es wichtig, sich über die Unterschiede im Klaren zu sein. Außerdem schilderten sie, worauf bei der Vererbung oder Schenkung von Immobilien zu achten sei. Hierbei sei vor allem auf die sehr unterschiedlichen Steuersätze zu achten, die in DEU und BEL zur Anwendung kommen.

### **Podiumsdiskussion: Unterstützung der Fairen Mobilität in Europa**

Am 20.03.2023 luden die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Hans-Böckler-Stiftung zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Unterstützung der Fairen Mobilität in Europa“ ein. Die Veranstaltung begann mit Grußworten und thematischer Einführung von Anja Piel, Vorstandsmitglied des DGB, Maxi Leuchters von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und Tanja Bergrath, Leiterin der DGB Verbindungsstelle Europapolitik. Im ersten Teil der Veranstaltung erörterten Jan Cremers, Autor der HBS-Studie, Annelie Buntenbach vom Unterstützungsnetzwerk Faire Mobilität und ehemaliges Vorstandsmitglied des DGB, und Enrico Somaglia, stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Verbands der Landwirtschafts-, Lebensmittel- und Tourismusgewerkschaften (EFFAT) die Rolle der Gewerkschaftsbewegung bei der Unterstützung mobiler Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten. Jan Cremers führte an, dass mobiles Arbeiten ein struktureller Bestandteil des EU-Arbeitsmarktes sei. Gewerkschaften hätten im Kontext komplexer rechtlicher Situationen vom Gesetzgeber eine Aufgabe zum Schutz der Arbeitnehmer übertragen bekommen. Nötig sei ein Netzwerk aus entsendendem und aufnehmenden

Staat. Annelie Buntenbach ergänzte, dass gerade bei Kurzeitaauslandseinsätzen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Ausbeutung bedroht seien. Nötig seien deshalb Informationen, Beratung und Unterstützung in der Herkunftssprache. Enrico Somaglia betonte den Mehrwert des Binnenmarkts, der viele Vorteile bringe. Er sei nicht das Problem, sondern mangelnde soziale Konvergenz in der EU. In einer zweiten Podiumsdiskussion widmeten sich Bernadett Petö, vom EU-Projekt Faire Arbeitsmobilität, Ungarische Perspektive, Anna Weirich, von Faire Mobilität, Frankfurt/Hessen, Sektorale Koordinierung des internationalen Straßenverkehrs, und Mirela Caravan vom BNS Rumänien praktischen Beispielen der gewerkschaftsbezogenen Beratung in Europa. Die Veranstaltung wurde von Tanja Bergrath, Leiterin des DGB Verbindungsstelle Europapolitik, moderiert.

### **VCI-Umweltlunch**

Am 22.03.2023 tagte der Verband der Chemischen Industrie (VCI) Hessen in Brüssel. Themen waren Green Deal, die geplante Novellierung von REACH und die Industrieemissionsrichtlinie. Zusammen mit MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU) und Kristin Schreiber, Direktorin in der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Kommission begrüßte Gregor Disson, Geschäftsführer des VCI Hessen, die Gäste. Dabei sprach er zunächst industrielle Genehmigungsverfahren an und welche Einzelmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Green Deal stehen. MdEP Sven Simon thematisierte die Chemikalienverordnung REACH, nach der in der EU chemische Stoffe registriert, bewertet, zugelassen und beschränkt werden. Disson erinnerte daran, dass das Arbeitsprogramm der Kommission für 2023 jetzt eine Vereinfachung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit vorsehe, was auch Kristin Schreiber unterstrich.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Rat**

- 28.03.2023                      Tagung des Rates für Verkehr, Telekommunikation und Energie:
- Vorschlag für eine Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für die Binnenmärkte für erneuerbare Energien und Erdgas sowie für Wasserstoff
  - Vorschlag für eine Verordnung über den Binnenmarkt für erneuerbare Energien, Erdgas und Wasserstoff

### **Europäische Kommission**

- 29.03.2023                      Richtlinie zum weiteren Ausbau und zur Verbesserung der Nutzung digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht

Richtlinie zum weiteren Ausbau und zur Verbesserung der Nutzung digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht  
Pharmazeutisches Paket  
Überarbeitung des Arzneimittelrechts  
Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften über Arzneimittel für Kinder und seltene Krankheiten  
Empfehlung des Rates zur Intensivierung der EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Resistenz gegen antimikrobielle Mittel im Rahmen eines einheitlichen Gesundheitskonzepts

05.04.2023

Mitteilung als Reaktion auf die Europäische Bürgerinitiative „Rettet die Bienen und die Landwirte!“

Initiative zur Übertragung von Übertragung von Verfahren im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen

## **Europäisches Parlament**

29. - 30.03.2023 Plenarsitzung in Brüssel

Feierstunde anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Karfreitagsabkommens  
Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 23. und 24.03.2023  
Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission  
Verordnung über fluorierte Gase  
Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen  
Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit  
Stärkung der Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit  
Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022  
Plattform für die Zusammenarbeit gemeinsamer Ermittlungsgruppen  
Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023

## **Ausschuss der Regionen**

30.03.2023

NAT-Fachkommissionssitzung  
Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme (Abstimmung)  
Krisenvorsorge und Krisenbewältigung: die Resilienz der Union und ihrer Regionen und Städte stärken (Abstimmung)

## Europäischer Gerichtshof

### EuGH

- 28.03.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-261/22 GN (Ablehnungsgrund gestützt auf das höherrangige Interesse des Kindes)  
*Europäischer Haftbefehl*
- 29.03.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-260/22 Seven.One Entertain Group  
*Ausschluss von Sendeunternehmen von der deutschen Leermedienabgabe*
- 30.03.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-34/21 Hauptpersonal der Lehrerinnen und Lehrer  
*Datenschutz bei Livestream-Unterricht*
- 30.03.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-5/22 Green Network (Anordnung der Kostenerstattung)  
*Erstattung zu Unrecht berechneter Strom- und Gaskosten*
- 30.03.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-27/22 Volkswagen Group Italia und Volkswagen Aktiengesellschaft  
*Geldbußen gegen VW in Italien und in Deutschland – Verbot der Doppelbestrafung?*
- 30.03.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-106/22 Xella Magyarországi  
*Untersagung des Erwerbs eines Unternehmens von strategischer Bedeutung*
- 30.03.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-758/21 P Ryanair und Airport Marketing Services  
*Staatliche Beihilfen – Flughafen Klagenfurt*
- 30.03.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-451/22 RTL Niederlande und RTL Nieuws  
*Auskunft über Umstände des Abschusses von Flug MH17*

### EuG

- 29.03.2023 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-142/21 Wizz Air Hungary / Kommission (Blue Air; Covid-19 und Rettungsbeihilfe)  
*Staatliche Beihilfen für Blue Air im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise*

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 06.04.2023.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA

